

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Monats-
schriften erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (14)

6. Jahrgang.

Donnerstag, 14. Oktober 1926.

Nr. 241.

Der neue Kurs.

Das Parlament tritt heute zu einer Sitzung zusammen, die — was immer sie bringen wird — an historischer Bedeutung die vorangegangenen bei weitem übertrifft. Die Volksmehrheit hat feste Gestalt gewonnen. Das Parlament findet bei seinem Wiederauftreten nicht nur eine organisierte bürgerliche Mehrheit vor, sondern auch eine halbparlamentarische Regierung dieser Mehrheit. Die Tatsache, daß deutsche und tschechische Bourgeoisie unter Verzicht auf eine Diskussion oder Lösung der nationalen Frage sich zu einer festen Mehrheit zusammengeschlossen haben, ist gleichbedeutend dem entschiedenen Willen zur sozialen Reaktion. Was wir seit Jahren vorausgesehen, was wir in letzter Stunde vor den Novemberwahlen wartend prophezeit haben, daß der nationale Ausbruch des Bürgertums sich auf der Basis einer gleichartigen verstärkten wirtschaftlichen Reaktion vollziehen werde, wurde auch naiven Gemütern im Laufe des Zoll- und Steuerkommissars klar. Der festere Zusammenhalt kann nur den einen Zweck verfolgen, die Damschrauben der Reaktion noch härter anzuziehen. Wir Sozialisten tun gut daran, diesen keinen Illusionen hinzugeben und das neue Kabinett als das zu sehen, was es ist, als das geschlossene Rechtskabinett, das die Aufgabe der Bourgeoisie an die arbeitenden Massen, an die Arbeiter und Bauern, zu übertragen hat. Die Arbeiterbewegung muß sich dem bewußt sein, daß der Aufbruch, den Spina und Svobla, Kautz-Harting und Straemel geschlossen haben, keine sentimentale Verheißung, sondern ein fast errechnetes Beutezug gegen die arbeitenden Schichten der Völker dieses Staates ist, desto schärfer wird der Widerstand der Massen gegen das Kabinett sein, desto heftiger Widerstand und Protest einlegen, desto durchschlagender wird der Sieg der Arbeiter sein, der diese Regierung und dieses Parlament abstoßen muß.

Die Reaktion steht in dieser Session vor einer doppelten Aufgabe. Sie muß den Versuch unternehmen, ihre Politik vom Sommer, die inzwischen reiche Früchte getragen hat, zu verteidigen oder — wenn die Kraft der Arbeiter ausreicht, die Regierung dazu zu zwingen — teilweise zu liquidieren. Die Zölle haben eine furchtbare Leinwand über die breiten Massen gebracht, sie haben den Aufbruch des Staates ins Meer getroffen und die Industrie an den Rand des Abgrundes geführt. Die Beamtenregierung mußte vor allem hochhalt weichen, weil man sie zu schwach glaubte, die Gewaltpolitik vom Juni mit der nötigen Konsequenz fortzusetzen. Der Ruf nach der parlamentarischen Regierung entspricht keineswegs dem demokratischen Gefühl der Agrarier und Kleinrentner, sondern der Sehnsucht nach dem Kabinett der „starken Hand“, das als die Autorität seiner parlamentarischen Mitglieder gestützt, den Forderungen der Arbeitslosen und Kurzarbeitler, der Angestellten und Arbeiter, die unter der Leinwand furchtbar leiden, der Kleinrentner und Gewerbetreibenden, die bald erkennen müssen, wie arg man sie gedreht hat, allen diesen dringenden und drohenden Hilfserufen gegenüber hart bleibt. Wenn man die Zusammengehörigkeit des Kabinetts einer Kusterung unterzieht, erkennt man bald, daß von diesen Männern in Güte nichts zu erwarten sein wird. Der Bischof Straemel, dessen Predigten über Bevölkerungspolitik noch in guter Erinnerung sind, wird als Fürsorgeminister den Arbeitslosen zum ein Beispiel grifflicher Nachsicht vorführen. Der Innenminister Cerny steht nicht noch einem demokratischen Kurs aus und das Justizportefeuille in den Händen des christlichsozialen Kautz-Harting wird keine Demitistik der Humanität sein. Einem Gewaltmenschen wie Svobla, dem berühmten „Wahlmännchen“ der Agrarier in der Slowakei, wird das Unterrichtsmini-

sterium anvertraut und mit Udrkal lehrt auch kein pazifistischer Geist in das Erziehungsministerium ein. An der Spitze des „starken“ Ministeriums oder steht der gewiegteste Unterhändler des tschechischen Parlaments, in allen Sätteln getreut, in allen Wässern gewaschen, mit allen Salben gerieben. Svobla, der jahrelang den nationalen Burgfrieden zur Durchsetzung bürgerlicher Klassenziele handhabte, der die große Ubedeckung als Generalintendant geleitet hat, wird sicher mit der gleichen Reife die Regie der neuen Reaktion besorgen. Die neue Kabinett ist es schon zuzutrauen, daß es den durch die Zölle geschaffenen Lebensstandard gegen alle Versuche einer Verbilligung bis aufs Reine verteidigen wird.

Dem Parlament und der Regierung stehen aber auch neue Arbeiten bevor. Außer dem Budget wird noch im Herbst die Steuerreform zu erledigen sein, die schon im Jänner 1927 in Kraft treten soll. Die Vereinfachung der indirekten Steuern, ja den Aufbau des gesamten Staatshaushaltes auf den Massenverbrauchssteuern, zu hemmen oder zu hindern, wäre die organisatorische Kraft der geeinigten Arbeiterklasse nötig. Das Gesetz über den Mieterschutz und die Bauförderung steht nach all dem, was man bisher darüber hörte, so aus, daß es weder die Mieter schützt, noch die Baubewegung fördert. Es will zu dem Nahrungselend der Arbeiterklasse noch das dauernde Wohnungselend häufen, es wird Zinsen schaffen, die von den heutigen Löhnen, geschweige denn von der Arbeitslosenunterstützung schlechtlich nicht zu bezahlen sind. Aus dem Programm der Volkskoalition und damit wahrscheinlich auf dem Programm der neuen Regierung stehen aber auch die Verschlechterung der Sozialversicherung und die Verlängerung der Militärdienstzeit. Mit dem schon Geleisteten, mit den Zöllen und Steuern zusammengekommen, bedeutet all das, gehäuft und auf eine kurze Frist zusammengedrängt, einen Generalangriff auf die arbeitende Bevölkerung. Die tschechisch-deutsche Koalition versucht, in einem halben Jahre das durchzuführen, wozu selbst Mussolini ein paar Jahre gebraucht hat. Sie hat den Faschismus verhandelt in die Reize verweisen, weil sie mit demokratischen Mitteln — soweit Vergewaltigung der Opposition, Bruch der Geschäftsordnung und andere Begleiterscheinungen unserer Parlamentarismus als demokratische Mittel gelten können — die wirtschaftlichen Ziele leichter und gefahrloser erreichen zu können glaubt. Sie hält den Faschismus als Notauskunft und als Scharngelock für jedermann bereit, sie sucht vor allem auf die tschechischen Arbeiter mit der Drohung zu wirken, daß es noch schlimmer kommen könne und daß die Diktatur der reaktionären Mehrheit noch immer besser sei, als die Diktatur der tschechischen Minderheit.

Aber die Herren von der starken Mehrheit mögen sich nur nicht übernehmen; es sei ihnen gleich heute gesagt, daß die Verantwortlichkeit dieses Regierens ein frühes Ende finden kann, wenn sich das Bürgerkabinett einbilden sollte, mit seiner Geschlossenheit aufzutreten. Der Friede und die hohe Eintracht, die das Bürgertum heute befeuert, vermag über die Gegenjäger in diesem Kabinett doch nicht hinwegzutäuschen. Man hat die Lust nicht verlohnen über den Abgrund gelegt. Auf solchen Wegen empfiehlt es sich, vorläufig Schritt für Schritt zu gehen. Das allzu hüftige Vordringen ist nicht minder gefährlich als der übermühtige Tanz. Die Lage des Kabinetts Svobla-Svobla sind gefährlich wie die aller Regierungen, die im Grunde auf einer Lage aufgebaut sind. Und die Arbeiterklasse wird das Kabinett der Provokation, die Regierung der starken Hand, dieses Zeichen der Hungerzölle und des Massenelends auch nicht eine Stunde länger ertragen, als sie es ertragen muß. Warten wir, daß die Stunde der Abrechnung jählicher komme, als

die Herren des neuen Kurzes fürchten! Arbeiten und kämpfen wir für den Tag der Vergeltung! Wir treten heute in eine schwere

Stunde ein; richten wir unsere Blicke über sie hinaus auf den Jahrtag, dem die Herrscher von heute nicht entgehen werden.

Der schwedische Wahlsieg.

Die Sozialdemokraten die weitaus stärkste Partei. — Die Kommunisten fast ganz verschwunden.

Stockholm, 13. Oktober. (Eigenbericht.) Die Ergebnisse der Wahlen zu den Provinzialparlamenten liegen jetzt vor. Die Sozialdemokraten haben ihre Mandatszahl um 76 auf 440 erhöht. Dagegen hat die konservative Partei 13 Mandate verloren, so daß sie jetzt nur noch über 324 verfügt. Die Kommunisten haben nur noch 14, die Liberalen nur 21

Mandate behaupten können. Diese beiden Parteien sind infolge der extremen Verluste zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Freisinnigen haben mit 161, die Bauernpartei mit 163 Mandaten ihre frühere Stellung behaupten können. Es hat sich also bestätigt, daß die Wahlen einen ausgesprochenen Sieg der schwedischen Sozialdemokratie bedeuten.

Demission des jugoslawischen Kabinetts.

Budapest, 13. Oktober. Das amtliche ungarische Korrespondenzbüro meldet aus Belgrad: Im heutigen Ministerrat konnten sich die Radikalen und die Anhänger der Radikalpartei bezüglich der Modalitäten der Erledigung des Agrarier Zwischenfalls nicht einigen. Infolgedessen hat sich Ministerpräsident Njurovic zum Könige begeben und ihm die Demission des Gesamtkabinetts überreicht. Das Präsidium der Stupschina wurde von der Demission verständigt und die Sitzungen für die Dauer der Ministerkrise vertagt.

Belgrad, 13. Oktober. Die unmittelbare Ursache der Demission des Kabinetts Njurovic ist die Weigerung Radics und seiner Partei, für die Verlegung der Waffenfabrik anlässlich des Besuches der tschechoslowakischen Parlamentarierdelegation in Agrum die von der Regierung als unerlässlich geforderte Genehmigung gegenüber der Autorität des Staates zu geben. Der frühere Ministerpräsident Patic, der noch zur Raafur außerhalb Belgrads weilt, wurde dringend nach Belgrad rüberufen.

Truppenreduzierung im besetzten Gebiet?

Berminderung der französischen Truppen um ein ganzes Armeekorps geplant.

Paris, 13. Oktober. Der soeben in Paris weilende Oberkommandant im Rheinlande General Guillaumat besprach dem „Erforscher“ zufolge mit dem Außen- und dem Kriegeminister das neue Okkupationsregime im Zusammenhang mit der französisch-deutschen Annäherung und zugleich im Hinblick auf die jüngst, namentlich in Germersheim, vorgekommenen Zwischenfälle. Nach dem letzten Plane sollten die militärischen Kräfte im Rheinlande erheblich herabgesetzt und dortselbst nur drei bis vier Divisionen Infanterie und eventuell eine Division Kavallerie belassen werden. Im Hinblick auf die letzten Zwischenfälle hat es aber den Anschein, daß alle Garnisonen einstweilen dort verbleiben.

folgende Erklärung: Die Herabsetzung der französischen Truppen in größerem Ausmaße war schon für das Frühjahr dieses Jahres in Aussicht genommen; die Verzögerung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hat diese Maßnahme hinausgeschoben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Ergebnisse der Konferenz in Thoiry haben nun möglicherweise Pariser Stellen veranlaßt, die Truppenreduzierung in vollem Umfang durchzuführen. Es scheint zuzutreffen, daß die Berminderung der französischen Truppen um ein volles Armeekorps beabsichtigt wird.

Keine vorzeitige Raummung des Saargebietes?

Paris, 13. Oktober. Dem „Journal“ zufolge soll Poincaré gestern bei der Reception der französischen Abgeordneten in Straßburg erklärt haben, daß die Regierung absolut nicht die Absicht habe, das Saargebiet vor Ablauf der festgesetzten Frist (1935) zu verfallen oder es an Deutschland abzutreten.

Berlin, 13. Oktober. Internationales Militärkreuz in Berlin bestätigen die Nachricht, daß eine erhebliche Herabsetzung der französischen Truppen im besetzten Gebiet nahe bevorsteht.

Zu dieser Frage erhält das Nachrichtenbüro des Vereines deutscher Zeitungverleger noch

Der Kongreß der Labourparty.

Große Arbeitslosigkeit bei den Verkehrsarbeitern.

London, 13. Oktober. (GPN.) Den größten Teil der gestrigen Verhandlungen des Kongresses der Labour Party nahm der Bergarbeiterstreik in Anspruch. Bei der Beratung der zu Gunsten der Bergarbeiter zu fassenden Resolution gab Thomas bezüglich der Lage der Eisenbahner folgende Erklärung ab: 45.000 vor dem Generalstreik beschäftigte Mitglieder sind seit dem Monate Mai ohne Arbeit, 200.000 Mitglieder arbeiten nur drei Tage in der Woche.

Der Sekretär der Verkehrsarbeiter Tillet erklärte: Der Generalstreik hat uns 1 Million Pfund gekostet. Eine halbe Million sind wir schuldig. 80.000 Mitglieder sind ohne Beschäftigung und 100.000 arbeiten nur teilweise, 60 Prozent der Dockarbeiter sind ohne Arbeit, weitere 20 Prozent arbeiten nur teilweise. Wie „Daily Herald“ mitteilt, hat diese Erklärung auf die Eisenbahner einen gewaltigen Eindruck ausgeübt.

Neue Arbeitsniederlegungen im englischen Bergbau.

London, 13. Oktober. Einer Meldung des „Daily Herald“ zufolge haben 7500 Bergarbeiter die Arbeit wieder verlassen. Cool schätzte ihre Zahl auf 10.000. Demgegenüber stellt aber der halbami-

liche Ausweis fest, daß die Zahl der arbeitenden Bergleute seit dem letzten Freitag um 14.515 zugenommen hat.

Keine Einstellung der Sicherungsarbeiten?

London, 13. Oktober. (GPN.) Die morgige Konferenz der Bergarbeitergewerkschaft wurde vor allem zur Entgegennahme der Vorschläge der einzelnen Bezirke über die Innenverwaltung des Bergbaues und ihrer Stellungnahme zur Frage der Abberufung der Mannschaften von den Sicherungsarbeiten einberufen. Da aber hinter dem Antrag der Abberufung der Sicherungsleute einhaufen nur der extremen Elemente stehen, ist es kaum wahrscheinlich, daß Maßnahmen zur Bewirkung dieses Vorschlages werden beschlossen werden.

Kohle bis Mitte November?

London, 13. Oktober. Unter dem Vorzeichen Baldwin's fand gestern eine Beratung des im Kabinett bestehenden Kohlenkomitees über die Kohlenverfügung statt. Die Lage wird für besser angesehen als vor 14 Tagen, wo Besorgnisse geäußert wurden und an eine Reduktion des Eisenbahnbetriebes gedacht wurde. Den „Times“ zufolge hofft man vertrauensvoll, daß bei minimalem Konsum Kohle bis Mitte November gesichert ist. Es wird aber die größtmögliche Sparankheit empfohlen. Die Regierung denke nach an irgend welche neue Vorschläge im Kohlenkonflikt.

Neurath abgesetzt.

Die Reinigung von den „linken“ Elementen in der KPC. Irgreitet fort. — Neurath von der Mitgliedschaft im Zentralsekretariat und im Politbüro suspendiert.

Nun hat auch Neurath, der lange als stellvertretender Hohepriester der kommunistischen Kirche sich betätigte, das Schicksal erreicht, das unter den Führern der kommunistischen Partei geradezu epidemisch grassiert. Nach Krenz und Waller ist Neurath an die Reihe gekommen. Und zwar erfährt man dies aus folgendem, im gestrigen „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht:

Die vom Politbüro der KPC. zwecks Feststellung der Fraktionsfähigkeit des Gen. Neurath eingesetzte Kommission ist nach Prüfung des Materials und Einberaumung der Zeugen zu folgendem Resultat gekommen:

1. Gen. Neurath hat während einiger Monate sich von verschiedenen oppositionellen Gruppen Russlands und Deutschlands Material beschafft und dieses gesammelt.

2. Das Material wurde auf verschiedenen Schleichwegen beschafft, an einem besonderen Orte außerhalb des Parteisekretariats aufbewahrt, und Gen. Neurath hat, obgleich er Mitglied des Sekretariats und des Politbüros war, in keiner von diesen Institutionen irgendeine Mitteilung darüber gemacht, daß er derartiges Material zugesandt bekommt und sammelt.

3. Das vom Gen. Neurath gesammelte Material wurde auch in der tschechoslowakischen Fraktion benutzt, denn es wurde in einigen Fällen genau erwiesen und vom Gen. Neurath auch zugegeben, daß er solches Material abschreiben und vervielfältigen ließ, sowie, daß er es selbst einigen Genossen außerhalb der Zentrale übergeben hat.

Dieses Material tauchte dann im Reichsberger Kreise auf und wurde bei der vom Sekretär des dortigen Kreises, Gen. Krenz, geführten Fraktionsarbeit verbreitet. Krenz war auch einer von jenen, denen nach der Feststellung der Kommission und dem eigenen Geständnisse des Gen. Neurath das Material angeblich zu „Informationszwecken“ übergeben wurde.

4. Zur Beweisklärung und Verbreitung des Fraktionsmaterials benötigte Gen. Neurath, wie festgestellt wurde, den Parteiparat.

5. Gen. Neurath verbreitete auch als führenden Mitglied des Sekretariats und des Politbüros hinterhältig unter den Genossen die unwahren Gerüchte, als ob der Partei die Gefahr drohe, daß die Parteileitung sich jenen Genossen nähern könnte, die in der Zeit der Dubait-Affäre Substanz nahe standen und daß es daher notwendig sei, sich dagegen zu wehren, daß die Parteileitung nicht unter die Herrschaft rechter Elemente gerate. Neurath aber hat als verantwortlicher Funktionär keine Befürchtungen oder Annahmen an zuständiger Stelle, das ist im Sekretariat oder im Politbüro, nie ausgesprochen. Demgegenüber gerät er, wie die letzten Ereignisse zeigen, selbst in seinen Ansichten in die Nähe der rechten Gruppe Götsch und Genossen.

Aus allem hier Angeführten ist ersichtlich, daß Gen. Neurath als führender und verantwortlicher Funktionär der KPC. sich Handlungen zuschulden kommen ließ, die, falls nicht rechtzeitig eingeschritten worden wäre, ernstliche Unstimmigkeiten hätten hervorrufen und viele Genossen (wie dies übrigens im Reichsberger Kreise bereits geschehen ist) zu einem ersten Disziplinbruch verleiten und so die notwendige Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei hätten gefährden können. Infolgedessen empfiehlt die Untersuchungs-

Kommission, daß Gen. Neurath von der Mitgliedschaft im Zentralsekretariat und im Politbüro suspendiert wird, mit der gleichzeitigen ernstlichen Warnung, daß er in Zukunft alle fraktionellen Ränke, die die Einheit der Partei gefährden könnten, vermeiden und durch eine erhöhte Parteitätigkeit den ungünstigen Eindruck, den seine letzten Handlungen bei den Parteigenossen hervorriefen, bald wieder beseitige.

Nach der Rede des Gen. Neurath genehmigte das Politbüro einstimmig den Bericht und den Antrag der Kommission und beschloß, sie dem Zentralauschuß der KPC. zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Neben Neurath wurde auch nach der Kommunist Götsch gemahnt, weil er in der

Eidesleistung der neuen Regierung.

Prag, 13. Oktober. (CPB). Der Präsident der Republik hat heute in Topolitzan den Ministerpräsidenten Švebha und die übrigen Mitglieder der neuen Regierung empfangen, welche den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid leisteten. Minister des Äußeren Dr. Beneš, der sich im Auslande aufhält, wird den Eid später leisten. Die neue Regierung ist um halb 11 Uhr von Topolitzan nach Prag zurückgereist.

Der „historische Augenblick“.

Preßestimmen zur neuen Regierung.

Auf den „historischen Augenblick“ sind die meisten Betrachtungen der Inlandspresse über das neue Kabinett abgestimmt, mögen sie sonst auch noch so weit von einander abweichen. Aber selbst die Blätter der jetzigen tschechischen Bruderparteien — oder vielmehr gerade diese Blätter — halten es für notwendig, den beiden deutschen Ministern gleich von allem Anfang an Klipp und klar zu erklären, daß sie und ihre Parteien — von dem gesamten indetendeutschen Volk überhaupt nicht zu reden — sich von dieser neuen Stellung nicht allzuviel erwarten dürfen. So verhält sich zwar der „Vestník“ die heutige Situation mit jenem Wendepunkt, als sich die Delegierten des tschechischen Volkes Ende der Siebzigerjahre entlosten, die passive Opposition aufzugeben und im Reichsrat aktive Politik zu machen, und lobt die demokratischen Einrichtungen dieses Staates, die es jeder Gruppe ermöglichen, sich an der Staatsverwaltung zu beteiligen; dann wird den deutschen Regierungsparteien aber sofort vorgehalten, daß sie froh sein müssen, überhaupt heringekommen zu sein, und daß es ihnen beileibe nicht einfallen darf, irgendwelche Bedingungen zu stellen:

„Es ist möglich, Bedingungen zu stellen, wenn sich eine politische Partei entscheidet, von unzureichender Passivität abzulassen, und sie aktiv an den Schicksalen des Staates mitarbeiten will? Um so weniger können die Deutschen irgendwelche Forderungen stellen, wenn sie direkt aus der Passivität in die Regierung eintreten, wenn Männer ihres Vertrauens sich bereits morgen zum Tisch setzen, an dem über alle staatlichen Angelegenheiten verhandelt wird, und wenn sie da die Forderungen ihres Volkes geltend machen können.“

Der „Vestník“ gibt ferner offenherzig zu, daß die tschechischen und auch die deutschen Regierungsparteien keine leichte Situation, keine leichte Arbeit

haben werden, wenn „so viele Migranten und so viel Boreingesommene ihnen die Arbeit erschweren“ würden, aber schließlich geht es um keine Forderungen, sondern um ernste Arbeit, wobei „jeder von uns, die wir uns in der Regierungsmehrheit befinden, alles dem Dienste seiner Nation widmen muß“.

Das tschechisch-merikale Zentralorgan, die „Lidové Listy“, begrüßt die Parteien, die so lange in den oppositionellen Reihen gestanden sind, weil in diesem Eintritt in die Regierungsmehrheit die Stabilisierung der Verhältnisse zum tschechoslowakischen Staat begrüßt werden müsse.

Weniger freundlich ist die Begrüßung der Deutschen durch die Presse einer anderen Regierungspartei, der Nationaldemokraten. Die „Rozhodni Listy“ unterziehen sich im Leitartikel „Die Deutschen in der Regierung“ der undankbaren Aufgabe, ihren Leuten den Eintritt der Deutschen in die Regierung unter ausdrücklicher Zustimmung der Nationaldemokraten planmäßig zu machen. Keine tschechische Partei habe das Wort „niemals“ bei Erwägungen über die Beteiligung der Deutschen an der Regierung ausgesprochen; doch vertrete die Nationaldemokratie die Meinung, daß daran nicht früher gedacht werden könne, als bis das nationale Programm der Revolution durchgeführt sei, das auf die Befreiung der Folgen der früheren „Germanisierung“ hinauslaufe. Dieses Programm aber könne nur eine nationale Regierung durchführen. Darum heiße es ziemlich tollend:

„Wir erklären daher heute klar und deutlich, daß wir es für verfehlt, ja sogar für sehr verfehlt halten, daß sich eine Regierung gebildet hat, in der die Deutschen zur politischen Macht gelangen.“

Die Schuld daran wird natürlich den tschechischen sozialistischen Parteien zugeschoben. Parlamentarisch sei es vielleicht ein Fortschritt, daß es nicht nur eine einzige starre Mehrheit gebe, aber eigentlich hätten die tschechischen Parteien aus innerem Pflichtgefühl bei der bewährten Devise der allnationalen Koalition bleiben sollen: „Wir haben uns geeinigt, daß wir uns einigen werden.“ Und drohend heißt es zum Schluß:

Sobald die Regierung sich positiver Arbeit widmen werde, werde die Partei ihr nicht im Wege stehen und sie unterstützen in dem Bemühen, der Republik zu geben, was sie benötigt. In dem Augenblick aber, in dem etwas geschehen würde,

was auf Kosten der grundsätzlichen Anschauungen über den nationalen Charakter der Republik gehen würde, in diesem Augenblicke würde die Partei die Konsequenzen daraus ziehen. — In einer kürzeren Formel gebracht: Parieren oder ihr liegt wieder hinaus. Angesichts des Umstandes, daß die 13 nationaldemokratischen Stimmen das Jünglein an der Waage bilden, sind diese Auslassungen der „Rozhodni Listy“ über die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Regierungsparteien in nationaler Hinsicht gewiß von erhöhter Bedeutung.

Eine führende Frontveränderung um 180 Grad leitete Herr F. B. in der gestrigen „Bohemia“. Die „Bohemia“ und Herr F. B. hatten aus unerfindlichen Gründen im Sommer bei den ersten gemeinsamen Abstimmungen der deutschen Volksparteien mit den tschechischbürgerlichen energisch gegen die Landdändler Stellung genommen und ihnen des öfteren einen kleinen Volksvertat vorgeworfen. Nun aber, da für die deutschen Kapitalisten eigentlich ganz gute Zeiten herauschauen, weil die Fische nach dem verteilbaren und schon veröffentlichten Koalitionsprogramm ja die Arbeiterschaft beider Nationen durch Verschlechterung der sozialen Beschäftigung — die den Kapitalisten des Herrn F. B. bekanntlich so ungeheure Lasten auferlegt — bezahlen soll, erkennt Herr F. B. auf einmal in dem Regierungseintritt der deutschen Völkner „erfreuliche Symptome“. Direkt klassisch ist dann der folgende Satz:

„Vom Standpunkt eines christlichen und offenen Aktivismus ist die Tatsache an sich, daß das Deutschtum nunmehr durch zwei Mitglieder in der Regierung vertreten sein wird, bei aller Vorsicht in der Beurteilung und bei aller Skepsis der Zukunft gegenüber zu begrüßen, wenn diesmal — im Unterschied zu den früheren Abstimmungen im Frühjahr — nicht Trause Partei-eigenliebe, sondern der Wunsch, den gemeinsamen Interessen des Zudeutschentums zu dienen, die Entschlüsse der unmittelbar beteiligten deutschen Gruppen, der Landwirte und der Christlichsozialen, geleitet hat.“

In dem Moment, wo es jedem klar ist, daß die Landdändler sich um die „Forderungen des deutschen Volkes“ nicht im geringsten scheren und einfach deshalb in die Regierung gehen, um die nackten Profitinteressen ihrer Klasse zu wahren, sieht der sonst im allgemeinen nicht mit politischer Blindheit geschlagene Herr F. B. darin auf einmal nur die lauernden Beweggründe und den Wunsch, den gemeinsamen Interessen des Zudeutschentums zu dienen“. Wir begreifen vollkommen, daß Herr F. B. und mit ihm die ganze „Bohemia“ jetzt den Aufschluß nicht verpassen dürfen und ihre frühere Haltung gründlich revidieren müssen, da es auf der Hand liegt, daß die Interessen des alleinseligmachenden Kapitals durch die neue Regierung nicht schlecht vertreten werden dürfen und die „Bohemia“ deshalb sich rechtzeitig umorientieren muß, aber etwas mehr Wärme hätte sich Herr F. B. doch geben sollen, um diesen Unfall halbwegs zu begründen. Der Mentor des deutschen Volkes aus dem „Montagsblatt“ muß bestimmen, weil sein zweites Adj. der starblichende Kapitalistenanwalt, die ärmliche Situation wohl erfährt hat und weiß, an welcher Seite er sich stellen muß. Aber woan denn noch diese löcherlichen Drehs und Ausläuche?

Die Brüner Arbeiterchaft gegen Wirtschaftsnol, Arbeitslosigkeit und Reaktion

Brünn, 13. Oktober. Am Vortage des Parlamentarismenitrittes veranstalteten tschechische sozialistische Gewerkschaftsorganisationen Groß-Brünn eine öffentliche Kundgebung, die

Copyright 1924 bei Buchhandlung Schneider u. Co., Wien.

Vom Baume des Bösen.

61 Von Marcel Berger.

„In unser Zimmer,“ murmelt Verdier. „Wer bist du?“

Der Architekt erhob sich schwanlend. Auch Bythius taumelte. Zu dritt brachten wir sie in den Aufzug. Aber die ganze Last lag auf mir. Mühsam luden wir sie oben aus. Endlich lag sie auf ihrem Bett, in den roten Federkissen. Ich trat an den Kautschuk, in den der Architekt gesunken war:

„Wissen Sie, daß wir noch Hoffnung haben?“ „Hoffnung?“ „Berettet zu werden.“

Seine Augen richteten sich auf mich; sie waren fast geschlossen.

„Ja,“ fuhr ich fort, „der Telegraph! Ein Fieger ist unterwegs, bringt das Gegengift.“

Berzier schüttelte den Kopf: „Wenn sie zugrunde geht... will auch ich sterben.“

Bythius hatte sich nicht niedergelegt. Jetzt schritt er auf die Tür zu. Ich machte Miene, mich ihm anzuschließen, aber Verdier hielt mich zurück.

Ich blieb und beglückwünschte ihn leise zu seiner bewundernswürdigen Haltung.

Er lautete und antwortete in abgerissenen Sätzen:

„Ich hätte es nicht ertragen, daß sie von mir einen schlechten Eindruck bekommen hätte... Sie kennen mein Verhalten im Kriege... Niemals hat sie anders als zärtlich zu mir gesprochen...“

über trotzdem! Manchmal befürchtete ich, sie könnte mich verachten. Nun... heute konnte ich ihr zeigen, daß ich in meiner Art auch Mut habe... daß mir niemals der Tod Angst einflößte, sondern nur die Aussicht, sie zu verlieren...“

Bei den letzten Worten rang seine Stimme etwas fester. Die Sterbende hob sich auf die Ellbogen und winkte ihn zu sich. Er kam und betete ihr Haupt in seinen Arm. Mit Bitterkeit und Reue mußte ich mir gestehen, daß ich niemals so geliebt hatte.

„Ich komme gleich wieder,“ sagte ich und erhob mich.

„Bleiben Sie!“ flüsterte die junge Frau. Ihre Stimme war nur mehr ein Hauch.

Ich blieb und versuchte zu trösten. Banale Phrasen; vergebens. Gestammel. Sie hörten mir beide nicht mehr zu. Stillos kämpfte sie gegen ihr Schicksal. Ich sah, wie sie vor meinen Augen von Sekunde zu Sekunde mehr und mehr verwelkte, wie eine Blume in einem überheizten Zimmer. Plötzlich streckte sie sich in furchbarem Krampf, wollte sich übergeben und konnte nicht. Helfen! Ich rannte in das Bodezimmer. Ein Soudtuch! Nein, einen Kübel... Verdier nahm ihm mit aus der Hand.

„Danke. Und jetzt verlassen Sie uns,“ sagte er. „Aber nein. Ich kann Ihnen doch vielleicht helfen...“

Sein Gesicht zeigte die Züge eines Sterbenden. Aber er wies mich zurück.

„Warum? Aber warum?“

„Ich will nicht... daß sie jemand... in diesem Zustande sieht“, räumte er mit zu. Eiferfüchtig als sie selbst wachte er darüber, daß der Schein ihrer strahlenden Schönheit bis an das Grab gewahrt wurde.

Ich kann nicht schildern, mit welchem Grauen

mir meine Einsamkeit zu Bewußtsein kam, als ich wieder im Korridor stand. Luft! War es bloße Aufregung? In meiner linken Bauchseite machte sich ein böses Ziehen bemerkbar... Nein, es war nichts. Wohin sollte ich? Wieder trieb es mich zu Eviane. Kein Sinecismus mehr. Ich fühlte mich geläutert. Voll Mitleid hatte ich den Wunsch, ihr im Todesampfe beizustehen. Ihr mein Erbarmen, meine Achtung zu beweisen, sie von der Idee, die sie vielleicht qualte, zu befreien, daß sie entehrt sterbe. Noch eine andere Vorstellung zwang sich mir auf. Ich weiß nicht, was es reine Varnutzigkeit oder Sadismus, aber ich lehnte mich danach, ihr zeigen zu können, daß mir bei mir nichts Ekel einflöge. Ich war bereit, ihr die niedrigsten Dienste zu leisten, wenn die Wirkung dieses infamen Giftes ihren Körper besudeln sollte. Ich fühlte mich trunken von Aufopferungsfähigkeit wie die Frauen, die die Schwerverwundeten in den Feldspitälern pflegten.

Trop allem fehlte mir das Herz, es nochmals zu versuchen. Die Tür würde selbstverständlich noch immer verriegelt sein und hinter ihr herrschte unerträgliches Schweigen. Der Leichnam ihres Vaters, der an der Schwelle lag, nahm in meiner überreizten Phantasie Dimensionen an, die mir die Haare zu Berge trieben.

„Wohin also? Wo sterben, wenn es dazu kam? Wieder fühlte ich einen Stich in meinen Eingeweiden... Nur mit irgend jemand sprechen; jemand leben! Einen Moment dachte ich sogar daran, Philipp anzufahren. Aber welchen Trost konnte mir dieser Trübsinnige gewähren. Auch er hieß übrigens sein Zimmer verriegelt. Dem Doktor konnte man sich nicht freundschaftlich nähern. Seine menschenverachtende Aufopferung lehnte jede intime Aussprache ab. Meine Jugendfreunde waren tot, gefallen, verschollen. In ihnen würde ich mich

jetzt versammeln. Nein, auch das nicht. Es gab kein Jenseits. Ich würde mich in Nichts auflösen, wie sie vor mir. Diese schreckliche Zeit, die der Krieg mit Opfern nicht gesättigt hatte und deren Bier eine nochtröstliche Dekoration begehrt! Wie hatte ich es mir auch einfallen lassen können, mit einunddreißig Jahren noch ungestraft weiter leben zu wollen.

An der Stige rief mich eine Stimme an: „Doktor!“

Ich erkannte Doutroubeyre und wandte mich den Kopf. Er lachte:

„Es ist un... geheuerlich! Die Jose meiner Frau hat uns... einfach sitzen gelassen! Verlassen sind wir, wie Hunde... Und ich hatte zwanzig Millionen verdient!“

Beräuschlich logte ich ihm: „Oberst Simphon hat sein ganzes Vermögen für seine Rettung. Trotzdem blieb ihm nichts übrig, als sich zu erlösen.“

„Erstochen...?“

„Ja. Hier, um die Ecke. Nichts hindert Sie, es ihm gleich zu tun!“

Der große, schwere Mann begann zu zittern: „Ich sage ja nur, daß die Dienerschaft...“

„Ja, wissen Sie denn nicht, daß sie in hellem Aufbruch steht? Verstreuen Sie sich! Schließen Sie sich ein, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist!“

Ich glaubte zu übertrieben. Aber während Doutroubeyre furchtschlotternd in sein Zimmer entwich, sah ich, über die Brüstung der Treppe gebeugt, wie eine johlende meuternde Horde unten in die Halle einbrang. Auf wen hatten sie es abgesehen? Spähernd stieg ich einige Stufen hinauf. Es ging offenbar gegen Bythius, der an der Salontür stand und den drohend erhobenen Fäusten die Stirne bot.

(Fortsetzung folgt.)

emen Massenbesuch aufwies. Um halb 11 Uhr legten die Arbeiter sowohl in den Fabriken als auch in den kleineren Betrieben ausnahmslos die Arbeit nieder und zogen in geschlossenem Zuge auf den Freiheitsplatz. Über 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen lauschten den Ausführungen der Referenten, die von drei Stellen zu der Masse sprachen. In äußerst scharfen Worten wandten sich die Redner gegen die katastrophale Wirtschaftskrise und die Politik der deutsch-tschechischen Koalition, die eine unerhörte Verleumdung der arbeitenden Schichten zur Folge hat. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war im Vorhinein durch den Obmann der Brünner Arbeitervereinskommission Gen. Koppa vertreten; zu den deutschen Arbeitern sprach Gen. Gold, der darauf hinwies, daß der internationale Sozialismus des Bürgerturns, die ihre Kränkung durch Aufnahme von deutschen Ministern in die Regierung gefunden habe, die internationale Koalition der Arbeiterschaft entgegengestellt werden müsse. Die Ausführungen sämtlicher Redner wurden häufig durch zustimmende Zwischenrufe unterbrochen und fanden stürmischen Beifall. Eine angenommene Resolution verlangt Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Feuerung und Wasser, wendet sich gegen die reaktionären Absichten der Regierungskoalition, fordert die Anerkennung Sowjet-Rußlands und schließt mit der Aufforderung an die Gewerkschaften noch Fernstehenden, sich zu organisieren.

Die unacheuernde Versammlung löste sich in Ruhe auf. Die Vorkredenzen der Polizei erwiesen sich als überflüssig.

Was geschieht mit den Zwangspachtgründen?

Am 30. September sind die Pachtverträge über die Zwangspachtgründe abgelaufen. Zwar sind diese zum Teile dort, wo in den nächsten Monaten die Bodenreform durchgeführt wird, gekündigt worden, doch gibt es noch viele Hunderte von Zwangspächtern, die nun, da der Pacht abgelaufen ist, nicht wissen, was sie beginnen sollen. Bauen sie die Grundstücke an, so laufen sie Gefahr, daß sie ihnen im Frühjahr vielleicht weggenommen werden. Bauen sie nicht an, so kann man ihnen gegenüber einmal die Unterlösung als Grund zur Abweisung ihrer Anforderungen hervorkehren. Auf jeden Fall ist dieser Zustand unhaltbar. Viele hellere Boden werden als Brauch liegen bleiben, weil sich wohl kaum ein Pächter finden wird, der das Risiko umloht geachtet zu haben, auf sich nehmen will. Die Herren im Bodenamt und in der Regierung haben allerdings anderes, wahrscheinlich wichtigeres (?) zu tun, als sich um die Zwangspächte und deren Pächter zu kümmern. Immerhin wird aber auch diese Sache ein ganz eigenartiges Licht auf die „Bodenreform“ in diesem Staate.

Neuer sozialdemokratischer Abgeordneter. Als Nachfolger des verstorbenen Genossen Stanek wird Genosse R. a. v. Bezirkssekretär unserer Partei in Falkenau, dem Wahlkreis Korfobad im Abgeordnetenhaus, bestimmt.

Teuerung und Wirtschaftskrise. Die von uns vor wenigen Tagen veröffentlichte Interpellation unseres Abgeordnetenklubs an die Regierung wegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und zur Behebung der Wirtschaftskrise wird gleichlaufend auch von unserer Senatsfraktion eingebracht. Die Interpellation wurde auch von einigen tschechischen Sozialdemokraten unterschrieben.

Der Parteitag der Deutschnationalen findet am 16. und 17. Oktober in Prag statt. Die politischen Berichte wird Dr. Brunar erstatten.

Rundfunk für Alle!

Sitzung des deutschen Radiobeauftragten

Die am 12. Oktober stattgefundene Sitzung des deutschen Radiobeauftragten in Prag hat unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt und dem Radiojournal vorgelegt:

1. Es möge im Interesse der deutschen Sendung und der deutschen Abnehmerin wenigstens einmal wöchentlich die deutsche Sendung auf 1/8 Uhr abends verlegt werden, weil die deutsche Vortrags-Vereinstunde, der einzige Anteil des deutschen Hörers am Rundfunk in seiner Sprache, jetzt für den größten Teil der deutschen Abnehmer in die Arbeitszeit fällt.
2. Es wird vorgeschlagen, daß neben dem bisherigen deutschen Sendungsprogramm mindestens einmal wöchentlich ständig ein deutsch-tschechischer und tschechisch-deutscher Sprachkurs eingeführt wird.
3. Es mögen sämtliche Berichte, wie vor allem Pressenachrichten und überhaupt alle Meldungen, die bisher nur tschechisch abgelesen werden, auch in deutscher Sprache auszusagen werden.
4. Es möge in das deutsche Programm auch an Wochenenden, mindestens einmal im Monat, eine musikalische Sendung aufgenommen werden.

Zußerdem teilt der deutsche Radiobeauftragte dem Radiojournal mit, daß es bei allen in Betracht kommenden Stellen mit allem Nachdruck für die endliche Einbeziehung des Prager deutschen Theaters in das Rundfunkprogramm sorgen wird.

**Der Verzweiflungstampf eines Industriebvolkes (II. Aufsat):
In den Dörfern und Städten des
Braunfohlengebietes.**

Bergbaukrise und Bergarbeitertragedie. — Die Stufenleiter des Elends. — Wie die „Börsianer der Arbeit“ leben. — Schuldeneintreiber und Ratenhändler. — Die Heßjagd um das tägliche Brot. — Wie man „angesehen“ wird. — Im Kampfe mit übermächtigen Gewalten.

Schwartz von Komolau beginnt das Herrschaftsbereich des Königs Kohle. Dem Fuße des Erzgebirges entlang reißt sich Schwach an Schwach. Die Essen und Förderer drängen sich bis knapp an die Bahngelände der ehemaligen A. T. E. und der Zug-Bodenbacher Bahn heran. Schwarze Rauch- und Dunstschwaden lagern über den Fluten der alten Bauernhöfe und Kleinbürgerstädte. Sie vor einigen Jahrzehnten von den Flutenden des Präkapitalismus überfallen und dem König Kohle untertan gemacht wurden. Die Bergleute, die aus den verödeten Stellen und Wäldern des Erzgebirges herabgestiegen sind oder aus dem innerböhmischen Bauernland herbeiströmten, haben gute Arbeit getan. Weite Strecken zerstörten Gelände legen Zeugnis davon ab, daß hier der Mensch in Millionen Arbeitstagen und Nächten mit der Mutter Erde um ihre Schätze gerungen, sie bis in ihre tiefsten Tiefen genützt und umwandelt hat. Und von all diesen Schätzen, die sich mit dem Schwitz und Blut der Bergbaufluten, rausenbachig, gar mit dem Stöhnen der Verwundeten und dem Todesstöhnen der Verunglückten vermengten, ist ein breiter Strom des Profites in die Taschen der stolzen Bergherren geflossen. Jedem in seinen Großstädten und Burghöfen ist ein guter Teil dieses Mehrwertes zugeflossen, der andere Teil dringt auf neuen Ausbeutungswegen neuen Gewinn. Zurückgeblieben ist nur das trostlose verwehete Land, überfüllt mit ausgehungerten Menschen. Die ganze Tragik des Arbeiterlebens im Kapitalismus tritt hier in Erscheinung.

Wenn die von tiefer Zerschlagenheit erfüllten Berichte der Bergarbeiterorganisationen und der Revierräte feststellen:

Daß die Braunkohlenausfuhr nach Deutschland gegenüber 1910 um mehr als zwei Drittel gesunken ist und die nach Deutschland seit 1920 ebenso stark;

Daß die Kohlenverladung im Brüxer Revier (Komolau-Brüx-Teplich) in der zweiten Jahreshälfte 1926 nur 26.190 Waggons betragen hat, gegenüber den 54.151 Waggons der gleichen Halbjahresfrist des Jahres 1913;

Daß im Brüxer Revier der Stand der Bergarbeiter von 37.738 im Jahre 1920 auf 29.013 im Quartale 1926 gesunken ist und während dieser Zeit 67 Schächte vollkommen eingestellt wurden;

Daß (Revierbergamtsbezirk Komolau) der Jahresdurchschnitt der verfahrenen Schichten 1923 = 4,8, 1924 = 4,6, 1925 = 4,3, 1926 (I. Halbjahr) = 4,0 pro Woche betrug, wobei den 1920 bis 1925 die tägliche Durchschnittsleistung eines Bergarbeiters von 15,7 q auf 24,2 q gestiegen und der Durchschnittslohn von 332,65 auf 194,20 Kronen gefallen ist; —

so ist damit ein Rahmen für die Unterirdung der Lebensverhältnisse der Bergarbeiter geschaffen, der erschütternde Details ermartern läßt. Jede dieser Ziffern ist ein harter Urteilsspruch über Glück und Wohlergehen und über das Gesamtgeschick zehntausender Menschen.

Querschnitt durch die Frage zu beantworten, u. d. betroffenen Menschen das täglich wachsende Ungemach, die bis ins wahrstimmigste geistliche Unbehagen ihrer Existenz durch die Jahre hindurch überhaupt entzogen konnten. Eine Überprüfung der Auswirkungen dieser Verhältnisse auf die einzelnen Familien führt zu dem Schluß, daß schon längst die Revolte da wäre, wenn wir es nur mit ausgeprochenen und reinen Protestaktionen zu tun hätten, die dem Druck der Verelendung einheißig unterliegen. So aber wirkt die starke soziale Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft dieser Tendenz entgegen. Wer ein Häuschen mit kleinem Grundbesitz sein Eigen nennt, kann die härteren Zeiten leichter überleben. Wo in einer Familie mehrere Verdienener sind und diese womöglich verschiedenen Berufswegen angehören, wird der Druck der Krise auf die Einzelnen abgeschwächt. Die Alfordländer haben wenigstens eine zeitlang die Möglichkeit den Lohnausfall der Feierschichten durch schonungslose Vermahlung ihrer Körpersäfte, Verknüpfung bis zur äußersten Grenze des Möglichen, wegzumachen. Dazu ist noch die Auswirkung von Schacht zu Schacht verschieden. Schächte mit guter Kohle verdienen wenig oder gar keine Feierschichten, Schächte mit minderwertiger Kohle haben wieder mehr Feierschichten als Arbeitstage. Wie weit die deutschen Bergarbeiter durch die planmäßige Abschottung und den mächtigen Einfluß des Staates auf die Grubenverwaltungen über den Durchschnitt in Mitleidenschaft gezogen werden, muß einer besonderen Darstellung vorbehalten bleiben. Aus der bisherigen Betrachtung ergibt sich die Tatsache, daß die schlimmsten Folgen der Bergbaukrise auf einer breiten Schicht einer Proletariatsexistenz konzentriert sind. Zwei Drittel der Bergarbeiter sind Schichtführer (Revierarbeiter). Nur sie bedeuten jede Feierschicht den Verlust des täglichen Brotes. Und sie noch dazu auf einem schwach gebenden Schacht beschäftigt und auf eine Mietswohnung angewiesen, so bedeutet das für sie, dem Hunger und der Verelendung unentzogen-

bar ausgeliefert sein. Nehmen wir einen verheirateten Schichtführer mit 3 oder 4 Kindern an: Für 3 Regelschichten bekommt er 96 Kronen Wochenlohn. Macht ein Monateinkommen von rund 400 Kronen.

Davon Zahlungen (pro Monat) Miete	40.— K
Provisionsversicherung	33.— „
Krankenkassa	32,40 „
Gewerkschaftsbeitrag	13.— „
Zusammen	118,40 K
Verbleiben	281,60 K

monatlich oder rund 70 Kronen wöchentlich für die Bedürfnisse der Familie. Nehmen wir einen jüngeren, ledigen Bergarbeiter an, der bei vier Regelschichten, abzüglich der Versicherungsbeiträge, zirka 80 Kronen wöchentlich verdient. Bei er klein Familienanschluß, so braucht er für Logis und Kost den im Bergarbeitergebiet üblichen Betrag von 100 bis 120 Kronen wöchentlich. Kann er den Fehlbetrag nicht durch einen Nebenerwerb bereinzubringen, so bleibt nur ein Ausweg übrig: Auf die volle Verköstigung verzichten, frühmorgens mit einem bitteren Kaffee auf die Zehnt gehen, tagsüber nur von Brot und Kaffee leben und sich abends entweder eine Kartoffelsuppe kochen lassen oder sich selbst irgend einen Brei kochen. Bei diese Verhältnisse betrachtet, findet die Berichte der Vertrauensmänner als durchaus glaubwürdig, monoch in Arbeit stehende Bergleute vollständig heruntergelumpft sind, um ein Stück Brot zu betteln. Das ist das Schicksal eines hohen Durchschnittsprozentes der Bergarbeiterproletariat und die Fälle sind in der Mehrzahl, wo die Familien die ganze Woche über keinen Bissen Fleisch sehen, wo das tägliche Hauptgericht aus Knödeln mit irgend einer Sauce oder geschmalzten Kartoffeln, und die sonstige Nahrung aus Brot, Kaffee und Suppen besteht. Der wachen Bericht etwa übertrieben findet, möge sich einmal auf einem mit Feierschichten gesegneten Schacht die Menschen ansehen, die die Förderkähle nach Arbeitsluß aus Tageslicht wirft. Kaum 10 Prozent erscheinen vollgenährt, und auf den Gesichtern der übrigen sind die deutlichen Spuren von Unterernährung und körperlichem Verfall zu sehen.

Man kennt die Dinge noch von der Kriegszeit her. Wenn das todene Brot mangelt, müssen alle anderen Bedürfnisse zurücktreten. Langfristige Gebrauchsgüter kommen dann in letzter Reihe daran. Aber es besteht der Unterschied zwischen Kriegszeit und Nachkriegszeit. Damals hatten die Menschen noch gewisse Friedensreserven, von denen sie jahrelang lebten. Wovon sollen sie nun gehen, wenn die Wälschkäse leer, die Körper ausgezehrt und die Kleider zerfressen sind? Jede Not sucht sich ein Ventil. Ein solches Ventil ist das Borgen. Die Verschuldung der Arbeiter bei Kaufleuten war immer eine Begleiterscheinung industriellen Fortschritts. So stark und so ausgebreitet wie heute dürfte sie aber noch nie gewesen sein. Alle kurzarbeitenden Bergleute, soweit sie nicht eine Doppelexistenz führen, sind verschuldet. Das schlimmste aber ist, daß die Leute nicht wissen, wann und wie sie die Schulden bezahlen sollen. So kommt es, daß die Kaufleute ihre Auktionen massenhaft den Kreditorschuldbereinigern übergeben und mit Verzugszinsen eintreiben lassen. In einem großen Bergarbeiterort bei Seefeld wurden annähernd hundert solcher Fälle verzeichnet. Dabei erscheint es wie eine tiefe Ironisierung unserer Zeitverhältnisse, wenn man erfährt, daß die Schuldenlosigkeit ein alter pensionierter Bergarbeiter bezeugen muß, der dabei einen kleinen Zuschuß zu seiner fälligen Rente verdient. Eine zweite Form der Verschuldung künftiger Kaufkraft ist das Ratenhändlerwesen, das im nordwestböhmischen Kohlengebiet einen großartigen Aufschwung genommen hat. Der Zeh der Ratenagenten — man schätzt die Stärke dieser Laufst auf 80 bis 100 Leute — sind die Städte Teplich und Tuzna. Sie beschäftigen noch zahlreiche Arbeitslose als Subagenten. Freilag und Samstag sind Geschäftstage, da wird der verpänderte Lohnkreuzer geholt. Alles Mögliche wird auf Raten geliefert: Stoffe, Anzüge, Nähmaschinen, Fahrräder, ganze Einrichtungen, Bettfedern, Klaffenlose, Boulose, Toilettenartikel — kurzum alle erdenklichen Gebrauchsgüter. Der Ratenkauf ist jedoch leichter als das Ratenzahlen. So kommt es, daß am Lohnstage von einer einzigen Familie vier oder gar sechs Inkassisten ihren Tribut verlangen. Nicht immer mit Erfolge. Da soll es wieder — wie genaue Kenner der Verhältnisse versichern — in Teplich einen Oberrentenhändler geben, der die faulen Ratenstände zu Ratenpreisen aufkauft und daran nochmals verdient, indem er den Zäumigen den Taumen auf den Auge legt. Der Anreiz ist halber muß noch erwähnt werden, daß ein sogenannter „Konsumverein“ der tschechischen Nationalsozialisten in Reudorf an diesen zwischenhändlerischen Ge-

zessen beteiligt ist. Er gibt den Arbeitern Garantiescheine, mit welchen sie bei Luzzar Geschäften einkaufen und besorgt dann nachträglich gegen ein gewisses Entgelt die Rastierung der Raten. Auch an den schmutzigsten Geschäften und an der größten Rot läßt sich verdienen. Der Beobachter fragt sich, wo die Verhältnisse hinführen sollen, wenn auch diese Ratenauskunftsmittel einmal versagen. Ein Vertrauensmann meinte, die Bergarbeiter brauchen mindestens zwei Jahre guter Konjunktur, um sich wieder eingermessen zu erholen. Was dann aber, wenn noch zwei Jahre Krise folgen, wenn die Kredite bei den Kaufleuten vollends erschöpft sind, wenn die mit 100 Prozent überzahlten Kleidungsstücke zerfressen und die Raten noch nicht bezahlt sind? Was dann —

„Es ist wie ich“ logte ein Bauer zu dem abfahrenden Kameraden, als wir bei der Abfahrt einen Vertrauensmann erwarteten. Der Angeredete suchte die Köpfe und fuhr in die Grube. Ein Romanistreiber könnte aus diesem Vorfall eine tragische Szene herausarbeiten. Denn die poetischen Worte bedeuteten folgendes:

„Der Adraum tief unter der Erde, in dem du die nächsten acht Stunden arbeiten wirst, ist lebensgefährlich. Die Decke des durch Sprengungen erweiterten Planes ist unruhig und bröckelt ab. Jeden Augenblick kann dir ein herabfallendes Kohlenstück den Kopf zerschmettern oder können dich einbrechende Kohlenmassen verschütten.“

Der Gewarmer aber geht achselzuckend an die Arbeit. In anderen Zeiten würde er sich einige Stunden in den Zufahrtstollen leben und warten, bis sich der Plan beruhigt hat. So aber muß er im Reich der Todesgefahr Kohlen aufladen, denn er darf nach so viel Feierschichten keine lösliche Minute Afterszeit verschwenden. Er hat nur zu wählen zwischen Hunger und Verderben. Der derbe Gaiogenhumor der Grubenmänner hat sich bereits des Dilemmas bemächtigt. Sie sagen:

Viele Hunte sind des Bergmanns Tod.

Wenig Hunte sind auch des Bergmanns Tod.

Ein anderer philosophierte wider unten im Plan: „Die Hunte sind groß, das Gedinge klein, da soll der Teufel Bergmann sein“. Die erste Seite der Sache berührt der Betriebsrat eines großen Seefeldler Schachtes in seinem Bericht. Er schreibt:

„Die Krankenziffer betrug 1919—1923 durchschnittlich 26 Arbeiter (bei 1076 Beschäftigten) pro Tag und ist bis 30. August 1925 (bei einer Belegschaft von nur 780 Arbeitern) auf 38 Arbeiter pro Tag gestiegen. Das ist zurückzuführen auf die ungeheure Steigerung der Leistung, die schlechte Lebensweise infolge der tief unter der Lebenshaltung stehenden Löhne und auf die mangelhaften Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.“

In anderem Zusammenhang schreibt er:

„Die Mehrleistung von 504 Meterzentner pro Mann und Schicht ist darauf zurückzuführen, daß der Mann weder Leben noch Gesundheit opfert, um nur halbwegs das Leben durchzubringen.“

Verstimmert werden die Zustände noch durch die Profitgier der Unternehmer. Sie lassen die Häuser einfahren und auf Borrot laden, während die Härter nach den Feierschichten im Regeldien die doppelte Leistung vollbringen müssen. Am meisten leiden unter diesen Zuständen die aufstehenden, kassendehnten Bergarbeiter, die „oben“ rot angestrichen sind. Sie werden bei Zurechtweisung der Feierschichten freigelegt und gegen die Kriecher überall zurückgeworfen und benachteiligt. Darum werden auch die Gelder für ihre Unternehmertruppe wie folgt:

„Wenn du zu unserer Gewerkschaft gehst, dann bist du auf dem Schacht angesehen.“

„Angesehen“ sein bei den Vorgesetzten, bevorzugt werden vor dem Arbeitskollegen, das ist die lösende Verheißung der gelben Agitatoren. Es ist eine schlimme Zeit für unsere braven Pioniere in den Gruben und Werksstätten brauchen und eine schwere Charakterprobe für die Arbeiterschaft, bei der mancher von Hunger und Sorge zermürbte Prolet unterliegt.

In einer Stadt Nordwestböhmens hat sich vor Jahresfrist ein Konstruktionsbüro aufgelöst, das heute schon 12 Ingenieure beschäftigt. Das sind die sogenannten „Kolonienjäger“ die für alle Industriemaschinen Pläne und Vorschläge ausarbeiten, wie sie durch Ausnutzung aller Gase und Wärmeenergie Kohle ersparen können. Diese Tätigkeit findet viel Anklang und hat den Erfolg, daß der Kohlenverbrauch dieser Fabriken rapid sinkt. So hat eine große Chemiefabrik durch ihre neue Generatoranlage ihren wöchentlichen Kohlenbedarf von 45 auf 15 Waggons vermindert. In einer sozialistischen Gesellschaft müßten wir die Wissenschaftler und Techniker, die durch ihr Werk die Einschränkung der gefährlichen Bergbauarbeiten ermöglichen, mit Dank überhäufen. Im Kapitalismus sind sie die Lohnbringer vieler Arbeiterexistenzen und neue Elendsbringer für die Bergarbeiter. Der Wohlstand der kapitalistischen Produktionsmethode hat im Bergbau seinen Höhepunkt erreicht und es sind keine leeren Trostorte, mit denen der Seefeldler Betriebsrat seinen schon erwähnten Bericht beschließt:

„Die Bergarbeiter sind der Verzweiflung nahe und wehe, wenn diese einmal zum Ausbruch kommt!“

Licht in die Gajda-Affäre!

Interpellation unseres Senatorenklubs an den Verteidigungsminister.

Die Senatoren Dr. Heller, Niegner und Genossen haben an den Minister für nationale Verteidigung wegen der Gajda-Affäre folgende Interpellation gerichtet:

Am 13. Juli l. J. hat das Ministerium für nationale Verteidigung offiziell mitgeteilt, daß gegen den General Gajda, den stellvertretenden und nach der Ernennung des Herrn Generals Sztoty zum Minister tatsächlichen Chef des Generalstabs, eine Untersuchung eingeleitet worden sei. Am 7. August veröffentlichte das Ministerium nachstehendes Kommuniqué:

Das administrative Verfahren gegen General Gajda wurde gestern beendet. Es wurde kein Tatbestand einer gerichtlichen Strafhandlung erwiesen. Heute verläßt General Gajda ein Gefängnis um Einleitung des Superarbitrierungsverfahrens ein. Diefem Ansuchen wurde stattgegeben."

Die Superarbitrierung ist inzwischen erfolgt und General Gajda auf diese Weise von dem Posten eines stellvertretenden Generalstabschefs entkern.

Die Untersuchung gegen Gajda wurde von einer Generalkommission als reine Refforancelegenheit des Ministeriums für nationale Verteidigung geführt. Weder im Zuge des Verfahrens noch nach seiner Beendigung ist offiziell mitgeteilt worden, welche Anschuldingen gegen Gajda erhoben worden sind, noch welches positive Ergebnis die Untersuchung gehabt hat. Die negative Feststellung des Kommuniqués — daß ein gerichtlicher Strafbestand nicht erwiesen wurde — läßt alle Möglichkeiten offen.

Umso ausführlicher sind im Gegensatz zu dieser Schweigsamkeit der zuständigen Zentralbehörden die Kommentare der Presse und die Äußerungen Gajdas selbst gewesen. Unmittelbar nach seiner dem Verfahren vorausgegangenen Beurteilung hat sich Gajda in wiederholten öffentlichen Äußerungen unerschrocken um Faktismuskennntnis. Es ist gegen ihn die Beschuldigung er-

hoben worden, daß er an einem Komplott zum gewalttätigen Umsturz des Systems beteiligt war. Es ist ferner das bereits wiederholt im Parlament erörterte Vorleben Gajdas in die Debatte gezogen und darauf verwiesen worden, daß Gajda eine wahre Abenteuerlaufbahn hinter sich hat. Wir wollen nicht in die Details eingehen, wir heben nur hervor, daß dem General Gajda nach diesen Darstellungen jede fachliche Qualifikation zu seiner so außergewöhnlichen militärischen Karriere gefehlt hat und daß er sich als Kommandant der litauischen Legionen maßloser Grausamkeiten schuldig gemacht hat, namentlich der Vernichtung russischer Bürger, aber auch der Ermordung von 180 Legionären. Endlich wurde — und dies scheint die formelle Handhabe zu seiner Beurlaubung aus dem Generalstab gegeben zu haben — die Behauptung aufgestellt, daß derselbe Gajda, der in Sibirien mit dem weißgardistischen General Kowtschal konspirierte und dadurch die Neutralität gegenüber Rußlands verlor, zugunsten der Sowjetregierung militärische Spionage gegen Frankreich getrieben hat. Tatsache ist, daß in dieser Angelegenheit ein diplomatischer Schritt Frankreichs erfolgt ist.

Der Herr Minister für nationale Verteidigung wird zweifellos unsere Auffassung teilen, daß alle diese Dinge vor dem Parlament reiflos dargestellt werden müssen, und wir erwarten daher, daß er die nachstehenden Progen ebenso präzis beantworten wird, wie sie gestellt werden.

Wir fragen den Herrn Minister:

1. Ist der Regierung das Vorleben des Generals Gajda bekannt gewesen und ist der Herr Minister bereit, darüber Ausführungen zu geben?
2. Wie war es danach möglich, daß Gajda auf einen so verantwortungsvollen Posten berufen wurde?
3. Ist es erwiesen oder besteht begründeter Verdacht, daß Gajda einen faschistischen Umsturz plante oder an einem solchen Plan beteiligt war?
4. Ist Gajda überführt oder verdächtig, militärische Spionage zugunsten oder gegen auswärtige Mächte getrieben zu haben?

Der Verband der tschechoslowakischen Städte und das neue Wohnungsgezet.

Der Verband der tschl. Städte hatte seine Sitzung am 23. Sept. 1926, auf welcher über den Regierungsentwurf des neuen Wohnungsgezetes verhandelt wurde. Referent Dr. Lauger (tschl. sag. dem.) verwies darauf, daß in Deutschland im heutigen Jahre mit Staatshilfe schon 135.000 Wohnungen fertig gestellt wurden. Für die Jahre 1927—1929 wurde in Deutschland ein Minimalbauprogramm festgesetzt, nach welchem in den Jahren 1927—1929 alljährlich mindestens 200.000 Wohnungen in einer durchschnittlichen Größe von 70 Quadratmeter erbaut werden sollen. Den Ländern und Gemeinden legt das reichsdeutsche Baugesetz die Verpflichtung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Mietzinsen und Neubauten höchstens um 10 Prozent höher wären, als die Zinsen in den alten Häusern. Vor einigen Wochen gab im englischen Unterhaus der Minister für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen Chamberlain einen Bericht über die Baubewegung in England, wo im heutigen Jahre mit Staatshilfe 172.000 Häuser erbaut wurden, in welchem sich insgesamt 153.700 Arbeiterwohnungen befinden.

Die Verbindlichkeiten des tschl. Staates aus den bis Ende 1926 gewährten Bauallokationen betragen 36 Milliarden, dabei anerkennt aber auch der Monatsbericht des neuen Wohnungsgezetes selbst, daß die bisherigen Verhältnisse nicht zu Gunsten der ärmsten Schichten der Bevölkerung ausgenutzt wurden, wenn auch diese — mit Rücksicht auf ihre Verhältnisse — sich um die kleinsten Wohnungen bemühen. Gegenwärtig haben wir schon das zweite Jahr in der Republik keine Unterstützung der Baubewegung, infolgedessen wächst ständig die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter. Der Regierungsentwurf belastet die Mieter angefangen mit dem Jahre 1928 mit einer jährlichen Inzessionshöhung um 50 Prozent durch 7 Jahre, insgesamt um 350 Prozent ohne Rücksicht darauf, daß breite Massen des Volkes eine derartige Erhöhung nicht ertragen könnten. Mit dem hohen Baubestand belastet der Entwurf nur die Bewohner der der Hauszinssteuer unterliegenden Häuser, während die Bewohner der Landgemeinden, die der Hauszinssteuer unterliegen, vom Baubestand befreit sein sollen. Es ist ersichtlich, daß die Regierung mit der Baubgabe nur die städtische Bevölkerung zu belasten beabsichtigt, während sie von dieser Abgabe das Landvolk befreit. — Der Referent verwies auf Grund der Berichte des statistischen Staatsamtes eingehend, daß die Hauszinsen in den letzten Jahren ständig stiegen. Die unermittelte Bevölkerung könnte eine solche Belastung nicht ertragen, welche das neue Baugesetz auferlegen will. Der Referent beantragte eine Resolution folgenden Wortlautes:

1. Die Wohnungsnot in zahlreichen Städten der Republik stellt sich ständig, trotzdem die Gemeindeverwaltungen sich bestreben um ihre Eindämmung bemühen und in dieser Richtung alles unternehmen, was ihnen in dieser Hinsicht möglich war. Damit die grenzenlose Nachkriegswohnungsnot beseitigt werden kann, ist vor allem unermittellich notwendig, daß ohne weiteren Aufschub von der Nationalversammlung ein Wohnungsgezet genehmigt werde, das es spätestens am

1. Jänner 1927 in Kraft treten kann. Die Dauer des neuen Wohnungsgezetes sei mit 10 Jahren bemessen.

2. Die Nachkriegsbaunot kann nicht nur durch die private Baubewegung beseitigt werden, sondern es ist notwendig, daß auch die Selbstverwaltungsvorstände und die gemeinnützigen Bauvereine eine möglichst große Bautätigkeit entwickeln.

Der Zweck der öffentlichen Vorlesungen für die Unterstützung der Baubewegung muß sein, daß in möglichst kürzester Zeit eine möglichst große Anzahl von Wohnungen gebaut werden, wie auch, daß für Wohnungen in Neubauten ein Mietzins in jener Höhe gefordert würde, welcher auch der unmittelbaren Bevölkerung erträglich wäre.

3. Die Vertreter der tschl. Städte stimmen im Grundtatsache damit überein, daß die Geldmittel zu einer organisierten und langdauernden Unterstützung der Baubewegung durch die Vorkaufverträge von Baubeträgen gewonnen werden.

Der im Regierungsentwurf beantragte Baubetrag ist aber zu hoch, so daß er in dieser Höhe eine zu große Belastung der breiten Volksmassen bedeuten würde, namentlich der armen Bevölkerung. Es ist notwendig, daß die Höhe des Baubetrages nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Steuerzahler abgestuft werde und weiter, daß die unermittelte Bevölkerung von der Pflicht zur Zahlung des Baubetrages befreit werde. Wir können mit dem Regierungsentwurf nicht übereinstimmen, soweit er nur die in den der Hauszinssteuer unterworfenen Häusern wohnenden Personen mit dem Baubetrag belastet und dagegen von der Zahlung des Baubetrages die befreit, welche in Häusern wohnen, die der Hauszinssteuer unterworfen sind. Eine derartige Bestimmung würde eine unbegründete und unangenehme größere Steuerbelastung der städtischen Bevölkerung im Vergleich mit der Landbevölkerung bedeuten.

4. Die im Regierungsentwurf beantragten Änderungen des bisherigen Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes bedeuten eine zu weit reichende Aufhebung des Mieterschutzes in einer Zeit, in welcher eine unverhältnismäßig große Wohnungsnot herrscht. Wir fordern, daß auch weiterhin die Betroffenen freiheitlich beschränkt würde, namentlich bei kleinen Wohnungen, weiter, daß bei diesen Wohnungen es nicht erlaubt wäre, durch einen Vertrag höheren Mietzins festzusetzen als der den gesetzlichen Vorschriften entsprechende und daß namentlich auch die Mieter das Recht hätten, beim zuständigen Gerichte die Bestimmung der Höhe des zulässigen Mietzinses geltend zu machen. Der Regierungsentwurf sollte auch weiterhin durch die Vorschriften über die Möglichkeit des Aufschubes der Exekution der Wohnungsraummung ergänzt werden.

5. Zum Zwecke der Ermöglichung des Mietzinses in Neubauten sollen Anleihen aus dem Baufonds auf den Bau kleiner Häuser bis zu einem Wert von 50 Prozent gewährt werden und dies auf Prozentzinsen, welche in Fällen besonderen Interesses bis auf 1 Prozent ermäßigt werden können. Auch die Zinsen für die Unterstützung in Art der Bürgschaft des Staatsbaufonds sollen ermäßigt werden. Bauteil mit Zinscharakter sollen von der Möglichkeit der Unterstützung ausgeschlossen werden.

6. Der Regierungsentwurf enthält geeignete

Bestimmungen über die Enteignung von Grund und Boden für Baupurwe. Es ist deshalb notwendig, daß geeignete Vorschriften ausgegeben werden, welche den Gemeinden die Vorkaufvermittlung zu Baupurwe ermöglichen und dies für einen angemessenen Preis. Die Gemeinden müssen sich bemühen, daß sie ohne gewinnmüchtige Absichten durch eine vorzügliche Vorkaufvermittlung den Bauherren Baupurwe zu günstigen Bedingungen abgeben.

Die heutige Finanzierung der Baupurwe ist schwach unterverhältnismäßig den Aufschwung der Baubewegung und wir fordern daher ausdrücklich, daß in den Regierungsentwurf eine Bestimmung aufgenommen wird, welche die Preise der Baupurwe ermäßigen würde und zu einer Ermäßigung der Baupurwe und Zinsen zu den Neubauten beitragen würde.

8. Für die Ermöglichung des Baupurwe und des Mietzinses in Neubauten sollte eine Ermäßigung des Zinsfußes durchgeführt werden.

9. Wir fordern weiter, daß die Vorkaufverträge werden, daß die Geldkapitalien im größeren Ausmaß wie bisher zu günstigen Bedingungen verhältnismäßig Anteile ihrer Geldmittel für den Bau von Kleinwohnungen verleiht. Die Regierung sollte in dieser Richtung auch bei den Sozialversicherungsschulden und bei den Privatversicherungsschulden hinwirken. Namentlich sollte danach getrachtet werden, daß die Kasse von Geldern für Reserve- und andere Fonds soweit als möglich in Schuldurkunden gezeichnet, welche zur Finanzierung der Baubewegung dienen.

10. Die Bestimmungen des § 48 und 150 des Baugesetzes sollen derart umgeändert werden, daß die Berufungsinstanz für die Erledigung der Baubehörden nicht die politische Landesverwaltung werde, sondern das bisher unabhängige autonome Amt werde.

Diese Resolution wurde nach lebhafter Debatte angenommen.

.....

Tagesneuigkeiten.

Noch ein Todesopfer der Bardubiker Baradefflu-Katastrophe.

Minnoch vormittag ist der Pilot, Zugführer Fiedler, seinen Verletzungen, die er bei dem sonntägigen Flugunfall in Bardubitz erlitten, im Bardubitzer Bezirkskrankenhaus erlegen. Ferner hat sich auch im Besonderen der schwer verletzten Frau Karasewic eine Verletzung zugefügt.

Die Kurze für die Geburtsassistentinnen-Körperschaften Böhmens, Mährens und Schlesiens werden am 15. November durch sechsmonatliche Geburtsassistentinnen-Kurse eröffnet, die in Brünn auf der geburtsärztlich-gynäkologischen Klinik der Kaiserin-Universität in tschechischer und in Olmütz in der Landesgeburtshilfe in deutscher Sprache stattfinden. Aufnahmefähigkeit sind reformiert bis längstens 20. Oktober 1926 an die Direktion der Geburtsassistentenschulen in Brünn (Polnische Landesverwaltung) in Brünn, Abteilung für Geburtshilfe, Lakanische Kom. Nr. 1, mit den vorgeschriebenen Stempeln und Dokumenten versehen, zu richten. Bei der Aufnahme genießen Frauen, ferner Kandidatinnen mit höherer Bildung und solche Kandidatinnen mit Vorzug, die auf Kosten einer Gemeinde oder einer anderen autonomen Körperschaft zu den Kurzen eingeladen werden und die eine Erklärung einer Gemeinde oder Anstalt beibringen, daß sie nach erfolgreichem abgelegter Prüfung als Geburtshilfsassistentinnen vor anderen den Vorzug haben werden. Die Geburtsassistentinnen dürfen nicht älter als 40 und nicht jünger als 20 Jahre sein. (Anstalt.)

Eine Massenandengung der Joachimsthaler Arbeiterchaft desam 20. Sonntag mit dem Entzug der Feuerungszulage an die sozial. Bergbauprofessionisten, aber auch mit Feuerungsposist der deutsch-tschechischen Bürgerkoalition. Die Teilnehmer sammelten sich vor dem Volkshaus und zogen zum Stadthaus, wo die von den Bergarbeitern einberufene Versammlung eröffnet wurde. Als Redner waren Gewerkschaftssekretär Genosse Schwarz und Abgeordneter Wünsch erschienen. In einer Entschließung wurden die Forderungen der Bergbauprofessionisten zum Ausdruck gebracht und die Vertrauensmänner überreichten die Entschließung dem Amtschef der politischen Bezirksverwaltung. Vom Rathaus weg zog der Zug wieder zurück zum Volkshaus, wo er sich auflöste. Die Redner stellten vor allem das Begehren der im Bergbau invalide Gewordenen fest. Mit einer Verordnung im Juli sollten die Feuerungszulagen an die Professionisten, deren Witwen und Waisen, welche in den staatlichen Bergwerken St. Joachimsthal, Brüx und Freiberg beschäftigt waren, vollkommene aufgehoben werden. Diese unsoziale Handlungsweise bringt aber die Betroffenen ins tiefste Elend, umso mehr, als nun auch noch die Feuerungsbeschränkungen den Wert der früher schon nicht zum Leben ausreichenden Pensionen bis auf die Hälfte vermindern. Der starken Gegenwehr der Arbeiter und der Organisationen gelang es, für August die Maßnahme zu verhindern, aber im September wurde die Feuerungszulage doch um 50 Prozent, im Oktober um 70 Prozent gekürzt und ab November soll nur mehr die Grundrente ausbezahlt werden. Mit härmlichem Beifall quittierten die Versammelten die Feststellung der Redner, daß wegen 600.000 K für Joachimsthal die Armen hungern sollen. Dieser Beitrag saame im Staatsbaubau doch keine Rolle spielen. Man hat zwar Milliarden für den Militarismus,

aber keine 17 Millionen für die Staatsarbeiter! Der Unwille mit den herrschenden Verhältnissen kam auch deutlich zum Ausdruck, als die Redner die durch den Handelsminister selbst aufgestellten Feuerungsbeschränkungen einer scharfen Kritik unterzogen. Dazu kommt die neueste Unverschämtheit, die Zuderpreis-erhöhung. Die Versammelten hörten den Rednern mit sichibarer Erregung zu und gaben ihre Zustimmung kund, aus den Novemberwahlen die Lehren zu ziehen, sich den Arbeiterorganisationen anzuschließen und dem internationalen Kapitalismus eine starke entschlossene Abwehrfront der Arbeiter entgegenzustellen.

Das neue Kornmehl. In der Sammlung der Gesetze und Verordnungen ist eine noch von der Bauministerregierung gefertigte Verordnung Nr. 180 vom 8. Oktober 1926 erschienen, welche die Vermählung des Kornmehls regelt. Danach darf nur eine Type Kornmehl erzeugt werden und zwar muß das Korn zu so viel Prozent ausgemahlen werden, als kein Pestoltergewicht beträgt (§ 1). Das gilt auch für das Wehl. Das Wehl darf nur in plombierten Säcken in den Handel gebracht und nur solches Mehl darf eingeführt werden als im Inland erzeugt wird. (§ 2). Nur das der Verordnung entsprechende Mehl darf zu Brot verbuden werden, freilich darf es mit Weizenmehl vermischt werden. Diese Vorschriften gelten aber nicht für Spezialbrot. (§ 4). Die Wehlpreise müssen in entsprechendem Verhältnis zum Getreidepreis sein (§ 5). Die Durchführung der Verordnung wird von Kommissionen überwacht (§ 7). Übertretungen werden mit Strafen bis zu 20.000 K und sechs Monaten Arrest bestraft (§ 8). Die Verordnung gilt bis zum 31. Juli 1927 (§ 9). — Wir haben unsere Meinung zu dieser Verordnung geäußert. Es wird nicht möglich sein, eine solche Kontrolle durchzuführen, daß tatsächlich nur das Einheitsmehl erzeugt wird. Damit entsteht die Gefahr heimlicher Erzeugung und Handels mit Mehl, das nach bisheriger Art erzeugt wird. Die Reiden werden sich immer Mehl und Brot nach ihrem Geschmack verschaffen — eventuell unter dem Titel eines Spezialbrotes, das von der Verordnung ausdrücklich ausgenommen wird — die Armen werden Einheitsmehl und Einheitsbrot essen müssen. Dadurch, daß die Verordnung nur die Einfuhr von solchem Kornmehl gestattet, wie es im Inland erzeugt werden soll, wird die Wehl-einfuhr erschwert, denn man kann doch nicht von der ganzen Welt verlangen, daß sie das Mehl so erzeugt, wie es die Regierung verlangt. — Friede ihrer Idee — haben wollte. Und die Bestimmung, daß der Preis des Mehles in einem entsprechenden Verhältnis zum Getreidepreis sein soll, steht erst recht für die Kap. weil Produzenten und Konsumenten über die „entsprechende“ Preispannung verschiedene Ansichten haben.

Ein Bezirkshauptmann zum Schutz der Unternehmer. Die Sternberger „Vollwocht“ berichtet: Am 4. Oktober sprach eine Deputation der Bäckerarbeiter unter Führung des Kreisgewerkschaftssekretärs Gen. Weber und des Kreisleiters des Zentralverbandes der Handwerker, Gen. Weiß, beim Leiter der politischen Bezirksverwaltung, Ratsch. Schönberg vor. Im Bereiche der politischen Bezirksverwaltung Ratsch. Schönberg wird nämlich wieder das Nachschubverbot, nach der Sonnenagrad, in Böhmerlande eingeführt. Wenn die Bäckermeister angenommen haben, daß sie genau solche Staatsbürger sind als die Bäckermeister, dann sind sie diesmal durch den Rat der politischen Bezirksverwaltung, Herrn Dr. Jilka, eines anderen belehrt worden. Herr Dr. Jilka erklärt folgendes: „Wir sind die Unternehmer lieber und ich muß die Unternehmer schützen. Die geben den Schein Brot.“ — Gen. Weiß forderte, daß Herr Dr. Jilka, ein Vertreter der Bäckermeister mit der Kontrolle unter Aufsicht der Gendarmerie beauftragt werden, worauf der Herr Dr. Jilka sagte, er lasse die Meister nicht durch die Schläfen kontrollieren. Weiters verweigerte Herr Dr. Jilka jede Bezeichnung für jene Bäckermeister, die Sonntag ohne fremde Arbeitskräfte baken. Wir möchten vor allem feststellen, daß unterm Wissen auch die politischen Behörden die Pflicht haben, alle Staatsbürger gleichmäßig zu behandeln. Die politischen Bezirksverwaltungen haben wohl die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die bestehende sozialpolitischen Gesetze eingehalten werden. Der Standpunkt des Herrn Dr. Jilka geht wohl nicht allein die Bäckermeister an, wenn gesagt wird, daß er die Unternehmer schützen muß, sondern das geht die gesamte Arbeiterchaft an. Werden diesmal die Bäckermeister als Unternehmer geführt, so werden das nächstmal andere Verufe daran kommen. Jedenfalls kommt es nicht alle Tage vor, daß politische Ämter ihre Machbefugnisse zum Nachteil der Arbeiterchaft und zum Vorteil der Unternehmer so offen mißbrauchen, wie es in diesem Falle geschehen ist!

Unluge Rede eines abgewiesenen Liebhabers. Der Bergarbeiter Karl Hanel aus Jochow im Rößiger Kohlenrevier nächst Brünn verfolgte die Witwe Franziska Zikora schon längere Zeit mit Verfallsanträgen, wurde aber immer abgewiesen. Den letzten Anlauf erhielt er vergangenen Sonntag. Dienstag nachmittag suchte nun Hanel die Zikora bei der Feldarbeit auf, tief sie zur Seite und ging mit einer Hand auf sie los. Er verlegte sie durch sieben Schläge auf den Kopf, dann durchschnitt er sich mit einem Messer die Kehle. Hanel war sofort tot, die Zikora wurde in schwerverletztem Zustand ins Spital nach Eibenschitz gebracht.

Die Kriegsbeschädigten. Die internationale Zusammenkunft der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in Genf nahm in der Vorbereitung der Kriegsbeschädigten in der Tschechoslowakei Stellung, weil auf Grund von vorgelegten statistischen Tabellen, die nach amtlichen Daten des internationalen Arbeitsamtes zusammengestellt waren und welche über die Höhe der Rentenätze und die Kaufkraft der Renten sowohl im Inlande wie im Auslande in den einzelnen Staaten Aufschluß gaben, festgestellt wurde, daß die tschechoslowakische Versorgung weit hinter den anderen Staaten zu stehen komme. Die Konferenz nahm folgende Entschlüsse an: Die Konferenz stellt neuerlich fest, daß die Gefährdung der Tschechoslowakischen Republik, die dazu bestimmt ist, den verschiedenen Kategorien der Kriegssopfer, die für sie unentbehrliche Unterstützung sicherzustellen, keine Verbesserung erfahren hat, obgleich die Konferenz des Jahres 1920 ausdrücklich auf die unzureichenden Beiträge der in der Tschechoslowakei gewährten Entschädigungen hingewiesen hat. Die Konferenz macht die Regierung der Tschechoslowakei auf die schwierige Lage aufmerksam, in der sich diejenigen ihrer Staatsangehörigen, ganz gleich, ob sie aus dem Offizier- oder Mannschaftsstande hervorgingen, befinden, die durch den Krieg ihrer Erwerbsfähigkeit oder ihres Unterhaltes beraubt worden sind, bereit ist, so schnell wie möglich die Bedingungen für die Entschädigung der Kriegssopfer mit den von ihr angenommenen allgemeinen Grundätzen in Einklang zu bringen. Die Konferenz wendet sich außerdem an die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakischen Republik und ersucht sie, den Grundätzen der Menschlichkeit, die eine schnelle und wesentliche Hebung der Lage der Kriegssopfer befürworten, zur Durchführung zu verhelfen.

Eine Massenversammlung einflussreicher Staatsangehöriger, hauptsächlich Magnaten, in Kaschau, an der sich 4000 Personen beteiligten, fasste den Beschluß, eine Massenabordnung in das Eisenbahn- und Postministerium und in die anderen Ministerien zu entsenden und die Wiederanstellung der Entlassenen zu fordern. Es handelt sich auch um Ruhestandler, die ihre Pensionen nicht erhalten.

30.000.000 Dollar zur Bekämpfung des Alkoholismus. Die die amerikanischen Blätter melden, sieht der Staatsvoranschlag für das Jahr 1927 eine Budgetpost von 30 Millionen Dollar unter dem Titel „Bekämpfung des Alkoholismus“ vor. Diese riesige Summe soll dazu dienen, um mit allen möglichen Mitteln das Prohibitionsgesetz in den Vereinigten Staaten wirksam zu machen.

Der gefährliche Subtopf. Solange die Mandchu in China herrschten, mußten alle Chinesen und Chinesinnen Köpfe tragen. Nach dem Siege der Revolution schuitten dann die Chinesen entschlossen ihre Köpfe ab, und gingen zum Subtopf über. Kein Wunder, daß seitdem der Subtopf allen Chinesen und Chinesinnen als revolutionäre Haartracht gilt. Der General Tschanghsolin, der ja auch sonst die Revolution aufhalten will, hat jetzt den Chinesinnen in Peking das Tragen von Subtopfen verboten. Damit dürfte er sein Schicksal besiegelt haben. Wenn die Griechinnen mit dem General Pangalos fertig geworden sind, der ihnen die Länge ihrer Kleider vorschreiben wollte, so werden die Chinesinnen für den Sturz des Generals Tschanghsolin sorgen, der sie zwingen will, lange Haare zu tragen. Eine Grenze hat Tyrannennacht.

Der Simplon-Expreszug verunglückt. Bei der Einfahrt des Simplon-Expreszuges in den Bahnhof von Lyon hat sich am Dienstag früh ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet, wobei ein Beamter getötet und 25 Reisende zum Teil schwer verletzt wurden. Unmittelbar vor dem Einlaufen in den Bahnhof brach die Achse des rechten Vorderwagens.

der Schnellzuglokomotive. Da die Geschwindigkeit nur noch 25 Kilometer betrug, hatten die Reisenden lediglich das Gefühl eines ruckartigen Haltens. Die Lokomotive stürzte jedoch um und ritz zwei Wagen eines Vorortzuges mit sich, der auf dem Nebengleis einfuhr. Ein Beamter, der auf einem Trittbrett des Vorortzuges stand, wurde von der Schnellzuglokomotive erdrückt.

Das Wüten des Typhus in Hannover. Am Montag früh waren in den händischen Krankenhäusern Hannovers 1590 Betten mit Typhuskranken und Typhusverdächtigen belegt. Neu aufgenommen wurden seit Samstag früh 19 Erkrankte. Es starben in derselben Zeit sechs Kranke, so daß sich die Zahl der Todesfälle auf insgesamt 206 erhöhte.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug in Mähren. Am der Kleinbahn Turokowitz-Jin-Wisowitz in Mähren ist am Samstag ein Anschlag verübt worden, der durch die Achsenknurr der Lokomotivführers mißlang. Beim Kilometer 1,8 stieß der Zug 4209 auf zwei Schwellen, die quer über das Geleise gelegt worden waren. Die Schwellen wurden etwa 30 Meter mitgeschleift, bevor der Zug zum Halten gebracht werden konnte. Die Anschläger konnten bisher nicht ermittelt werden.

Zuchthäuser als Journalisten. Gefängniszeitungen sind zwar schon verschiedentlich existierten, aber die erste größere Zeitungsorganisation, die eine ganze Menge von Zuchthäusern und Gefängnissen mit Nachrichtenstoff versorgt ist, ist die seit 1921 in Görlich erscheinende Zuchthauszeitung „Der Versuch“. Ueber dieses Zeitungsunternehmen wird im „Zeitungsüberlag“ näher berichtet. Der Oberredakteur ist der Görtlicher Strafstaatsinspektor, aber die einzelnen Redakteure sind alles Sträflinge, und der Inhalt ist zum größten Teil von Zuchthäusern geschrieben. Die Auflageziffer beträgt 20.000, und die Besetzer sind nur Insassen der verschiedenen preussischen und auch einiger nichtpreussischer Gefängnisanstalten. Existenz ist die Zeitung aus der Verantwortung, daß die Gefangenen über die laufenden Tagesereignisse dauernd unterrichtet werden sollen. Da sich die mündliche Orientierung nicht bewährt, kam man in Görlich auf den Gedanken, eine eigene Zuchthauszeitung herauszugeben. „Der Versuch“ bringt so ziemlich alles, was eine Zeitung ihren Lesern bieten muß. Nur fehlt natürlich die Portfoliopolitik völlig und der Leitartikel ist durch eine chronikalische Uebersicht der Wochenergebnisse ersetzt. Ebenso fehlt aus naheliegenden Gründen jede Berichterstattung über Verbrechen und ähnliche. Eine besondere Note erhält das Blatt durch die Veröffentlichungen aus den Kreisen der Anstaltsinsassen. Die Eingänge sind sehr beträchtlich und bestreiten zum großen Teil die Gedichte und Beiträge novellistischer oder weltanschaulicher Art, die in dem unterhaltenen Teil erscheinen. Die gesamte technische Herstellung erfolgt in der Strafanstalt; der Satz wird in Handset gelichtet; für den Druck steht eine Schnellpresse zur Verfügung; selbst Illustrationen fehlen nicht. Das Blatt wird den Gefangenen zum Preise von 10 Pf. im Monat geliefert.

Gegen die Hinrichtung eines 15jährigen Mörder. In den Vereinigten Staaten hat die Ankündigung, daß der 15jährige Adam Purich, der wegen eines an einem neunjährigen Mädchen begangenen Lustmordes zum Tode verurteilt worden war, am 21. Oktober durch den Strang hingerichtet werden soll, eine lebhafteste Protestbewegung ausgelöst. Man hat Tausende von Unterschriften gesammelt und dem Gouverneur von West-Virginien, in dessen Bezirk der Prozeß verhandelt wurde, angefordert, eine Revision des Urteils gegen den Kindermörder einzulegen. Bei der ersten Verhandlung hatte der Vorsitzende des Gerichts die Geschworenen ausdrücklich ermahnt, auf die Jugend des Angeklagten keine Rücksicht zu nehmen, und der Erfolg dieses Appells war, daß nach einer Beratung von neun Minuten die Geschworenen

mit dem „Schuldig“ in den Gerichtssaal zurückkehrten.

Ein weiblicher Schiffsingenieur. Wohl zum ersten Male in der Geschichte der Seefahrt hat jetzt in der englischen Handelsmarine eine Frau, Miß Victoria Drummond, das Portent als Schiffsingenieur erhalten. Bereits in ihrer Ausbildungszeit hat sie auf einigen Fahrten nach Australien den gleichen Dienst im Maschinenraum getan wie ihre männlichen Kollegen.

Er mordung einer Frauenführerin. In Lurkehan wurde Anna Thoman, eine Führerin der dortigen Frauenbewegung, in Gegenwart ihrer drei Kinder von ihren eigenen Verwandten ermordet, weil ihre auf die Befreiung der mohammedanischen Frauen gerichtete Tätigkeit und ihre Propaganda gegen das altüberbrachte Recht des Frauenkaufs von ihren Angehörigen als Schande empfunden wurde. Der Hauptbeteiligte an dieser Ermordung ist inzwischen zum Tode verurteilt worden.

In Istrien sind schwere Gewitter niedergegangen, vor allem bei Tolmeina, wo ein durch den Regen verurfachter Erdrutsch einen Güterzug zum Entgleisen brachte. Die Flüsse Dria und Zrany sind aus den Ufern getreten und haben Brücken eingerissen und viele Felder überschwemmt.

Verhafteter Diktator. Laut „Vossischer Zeitung“ hat die Berliner Polizei den aus dem Diktatorpusch bekannten völkischen Führer Hauptmann a. D. Kämmerer festgenommen.

Dreifacher Mord eines Bierzechnjäherigen. Ein grauenvolles Verbrechen ist Dienstag abends in Drantenburg geschehen: Ein vierzehnjähriger Bursche hat einen 75jährigen Oberpostsekretär, Dobrindi, seine 65jährige gelähmte Gattin und deren Tochter Käthe ermordet. Der Täter, Karl Ernst Müller, ist der einzige Sohn einer angeesehenen Mutter, der Witwe des Baumeisters Müller, die jetzt in Stargard (Pommern) ihren Wohnsitz hat. Der Junge, der seiner Mutter schon viel Kummer bereitet, ist aus einer Erziehungsanstalt in Belgard vor einigen Tagen entlaufen, nach Berlin gekommen, hat hier Waffen gekauft, einen Revolver und einen Dolch, und das Ehepaar Dobrindi, das ihm bekannt war, aufgesucht. Die Verhaftung des jugendlichen Mörders geschah in der Försterei-Gewirtschaft Teetosen bei Sachsenhausen. Dort kam in den Abendstunden ein junger Mann an, dessen Kleider mit Blut befleckt waren. Er erzählte der Wirtin, daß er im Walde von unbekannten Tätern überfallen worden sei. Die Wirtin benachrichtigte den Förster. Dieser hatte sofort den Verdacht, daß die Erzählung nicht stimmte, da der Junge keinerlei Verletzungen aufwies. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge gab der Mörder an, daß er den Mord begangen habe, weil die Eheleute ihn wegen seiner Flucht aus der Fürsorgeanstalt anzeigen wollten.

Und deswegen Selbstmord! In Jglau erlitt ein 27jähriger, in einer Schiffsfabrik beschäftigter Schweißmeister Franz Biederwanz durch einen Schlag aus einer alten Pistole in den Kopf. Er hatte eine Auseinandersetzung mit seinem Meister, die er sich darauf zu Herzen nahm, daß er in den Tod ging. Als er abends nicht heimkehrte, ging ihn sein Vater suchen und fand ihn tot vor.

Die Räuber. Zwischen Branau und Belesowitz ist dieser Tage die Marie S. aus Branau von einem etwa 10jährigen Mann überfallen worden. Der Erwerb ritz ihr die Tasche aus der Hand und stoh in die Wälder. Die Handtasche, in der sich kein Geld befunden hatte, wurde im Walde fortgeworfen, aufgefunden. Es ist dies seit kurzer Zeit bereits der achte Raubüberfall in der dortigen Umgebung.

Tagore. Heute sprach Rabindranath Tagore das letzte Mal vor seiner Abreise im Narodni dum, Reimberge, um halb 8 Uhr abends. Wenige restliche Karten bei Bepler, Truhlar Abendstasse.

Kleine Chronik.
Ein Vulkan, der Gold speit. Die Einwohner des Dorfes Bugalmal, das fünf Kilometer vom Keelich an der Südküste des Kowischen Meeres liegt, sind durch ein ungewöhnliches Naturereignis in Aufregung und Spannung versetzt worden. In unmittelbarer Nähe des Dorfes liegt ein Vulkan, der, nachdem er Jahrhunderte hindurch untätig geblieben war, vor kurzem durch einen neuen Ausbruch auch in der wissenschaftlichen Welt Aufsehen viel von sich reden gemacht hat. Bereits im vergangenen April war er für die Dauer eines ganzen Tages in Tätigkeit getreten: Ohne Erschütterungen, ohne Geräusch, ohne Rauch, kurz: ohne die Begleiterscheinungen einer gewöhnlichen Vulkaneruption, hatte der Krater einen merkwürdigen Schlamm ausgeflogen. In den letzten Tagen nun machte sich der Vulkan von neuem, diesmal heftiger als zuvor, bemerkbar. Wiederum stieg er auf mehr als hundert Meter hin Schlamm aus, worauf Gase aufstiegen, die den Himmel röteten und ein ganz seltsames Schauspiel boten: Flammen jügelten empor, und am Himmel erschienen Regenbogenfarben, ein Anblick, der an allen Küstenorten des Kowischen Meeres beobachtet werden konnte. Nach diesem Ausbruch trat wieder vollkommene Ruhe ein. — Der Schlamm, der den Krater verlassen hatte, befah, wie die nähere Untersuchung ergab, besondere Eigenschaften. Nach Farbe und Aussehen gleich er dem Flussschlamm, unterschied sich jedoch von diesem durch einen schwefel- und erdphosphorigen Geruch. Die Aufschüttung des Vulkans hat sich unter dem Einfluß des Windes abgeteilt und ist getrocknet; seit mehreren Tagen bildet sie Staubwolken, die vom Wind aufgewirbelt werden, die Luft erfüllen und über weite Entfernungen geweht werden, um dann wie ein feiner Puder den Boden zu bedecken. Man hat nun diesen Staub genau untersucht und gefunden, daß er stark goldhaltig ist. Die Nachricht von dieser Entdeckung hat unter den Einwohnern der ganzen Gegend eine gewaltige Aufregung verursacht. Die Bauern, die noch kurz vorher den Himmel bestaunt hatten, als der Vulkan zu großen und die Ernte zu gefährden begann, und sie unruhig wurden, als die Staubwolken die Luft zu verdichten drohten, wünschen jetzt das Gegenteil, daß der Krater von neuem in Tätigkeit treten möge und ganze Sturzbäche mit ihrem kostbaren Inhalt über die Gefilde ergießen lasse. Ueber Nacht hat sich der Vulkan in einen wahren Ameisenhaufen verwandelt; es herrscht eine Völkerveränderung von Bauern nach den Stellen, wo sich trockener Schlamm befindet, den der Wind nicht verweht hat. Eine wissenschaftliche Kommission hat sich den Seiwastopol aus nach Bugalmal begeben, um die seltsame Erscheinung an Ort und Stelle zu studieren.

Behandlung mit Radium. Nachdem jahrelang die Wirkungen des Radiums auf den gesunden und kranken Organismus beobachtet worden sind, ist es heutzutage den Ärzten möglich, ein abschließendes Urteil über die Bedeutung des Radiums für die Heilkunde abzugeben. Es ist unbestreitbar, daß nicht die chemische Substanz selbst, sondern ihre Strahlung das wirksame Prinzip darstellt. Allerdings sind die Vorsorge im einzelnen, die sich bei dem Eintritt der Strahlen in der Zelle objektiv, noch unbekannt; wenn man auch darüber unterrichtet ist, daß sie in dem Zellkern ihren Angriffspunkt besitzen. Für die Heilkunde kommen nur solche radioaktive Stoffe in Frage, die nicht zu schnell, aber auch nicht zu langsam zerfallen und deren Beschaffung nicht mit allzu hohen Kosten verknüpft ist. In der Hauptsache werden demgemäß Radium, sein Zerfallsprodukt Radiumemanation, weiterhin Radiumthorium, Radiumthorium und Thorium-X verwendet. Die moderne Radiumtherapie verfügt über international anerkannte Maße und Meßmethoden, die allein erst die exakte Verarbeitung der radioaktiven Substanzen gewährleisten. Diese werden eingenommen, eingespritzt und bei Emanation auch eingeatmet. Es sind zur Erzielung von Allgemeinschwächung radioaktive Tabletten, Lösungen, Trinkkuren und sterile Ampullen in Gebrauch; die Einatmung geht gewöhnlich in besonderen abgeschlossenen Räumen — in Emanatorien — vor sich. Der örtlichen Anwendung dienen Radiumbäder zu Schlammbädern, radiumhaltige Kompressen und Rissen, Salben, alkoholische Lösungen und Lösungen mit radioaktivem Inhalt. — Im wesentlichen eignen sich — wie vor kurzem Professor Sabzev-Berlin in einer medizinischen Fachzeitschrift ausführte — für eine Allgemeinbehandlung mit radioaktiven Substanzen: Gicht, Gelenkentzündungen, Neuralgien und Nervenerkrankungen, chronische Erkrankungen und Entzündungen, Hautkrankheiten bestimmter Natur und gewisse Blutkrankheiten. Die restlose Erklärung der Erfolge steht noch aus. Zwar wird unter dem Einfluß des Radiums der Stoffwechsel gesteigert, die Blutdrüsen werden zu erhöhter Tätigkeit angeregt, ebenso die Stätten der Blutbildung; das Nervensystem wird beruhigt, der Blutdruck sinkt; aber zu diesen bekannten Faktoren kommen sicherlich noch solche hinzu, die noch dem Dunkel des Geheimnisses anhängen. Für örtliche Radiumbehandlung kommen in Frage: Schuppenflechte, Ekzem, jodreiche sonstige Hauterkrankungen, gutartige und bösartige Geschwülste, Entzündungen der Körperhöhlen, vor allem krebsartige Neubildungen derselben. — In der Haut der gesunden Kräfte sind die radioaktiven Substanzen bei vielen Erkrankungen unentbehrliche Heilmittel geworden.

Prager Kurse am 12. Oktober.

100 holländische Gulden	1351.50	1357.50
100 Reichsmark	893.65	897.65
100 belgische Franken	93.75	91.85
100 Schweizer Franken	652.87 1/2	656.87 1/2
1 Pfund Sterling	161.82 1/2	164.82 1/2
100 Lire	133.80	135.20
1 Dollar	23.70	24. —
100 französische Franken	96.30	97.70
100 Dinar	58.50	60.10
10.000 magharische Kronen	4.89 1/2	4.70 1/2
100 polnische Zloty	372. —	378. —
100 Estlische	476.35	478.35

Nymphen-Reigen.

Wilhelm Müller-Gordon.
 II.
 „Kinder, es ist ein Mensch hier! Wir haben schon was angerichtet!“
 „Zurück! Trübsal an!“ kommandierte Elsa. Wie der Wind waren sie weg. Niemand dachte anscheinend daran, den Arentäter in der Baumkrone zu erspähen.
 „Wenn ich nur erst an meinem Rahn wäre!“ dachte Fred. „Aber nein, Rahn ist ausgeschlossen, ich muß unter allen Umständen mein Stizzenbuch wieder haben! — Ach was, sie sind Menschen und ich bin auch einer. Ja wag's und steige herunter. Wägen sie jetzt beweisen, daß sie einen so unbeschränkten Horizont haben, wie sie sich einbilden!“
 Er lauschte noch einmal hin. Sie waren jetzt alle bescheidet, stachen aber immer noch die Köpfe in sein Stizzenbuch.
 „Du Elsa, das scheint aber ein herborragen-der Künstler zu sein.“
 „Ein großer Künstler auf jeden Fall!“
 „Ja, dann hätte er uns gewiß nicht so ungeschicklich beschleichen können!“
 „Aber warum mag er das Buch dann weggenommen haben?“
 „Sie sind im Irrtum meine Damen; ich komme im Gegenteil, um das mir entfallene Buch höflichst zurückzugeben.“
 „Selle Ueberrückungsschreie.“
 „Sie sind der — Bestir? — Wo kommen Sie her? Wie können Sie es wagen —!“
 „Viel Anklagen auf einmal, meine Damen. Lassen Sie mich nur eins erwidern, daß ich vor Ihnen hier war und mich gerade davonmachten

wollte, aber Sie ließen mir ja keine Zeit mehr, von meiner Kiefer herunterzukommen.“
 „Sie waren auf dem Baume?“
 „Allerdings — mit gütiger Erlaubnis.“ Er wagte es schon, ein Lächeln auf sein frisches Gesicht zu setzen. „Und ich kann wirklich nicht mehr tun als Sie für den unglücklichen Zufall um Verzeihung zu bitten, der . . . für mich allerdings ein . . . großes Glück bedeutet.“
 „Ach, Sie denken wohl, daß Sie Ihr Stizzenbuch wiederbekommen?“
 „Aber das ist doch selbstverständlich, meine Damen; Sie werden doch einen Unschuldigen nicht so grausam strafen wollen —“
 „Gut aber diese Blätter müssen herausgerissen werden!“
 „Um Himmelswillen, das können Sie mir nicht antun!“
 „Im Gegenteil: Sie dürfen uns nicht antun, diese Blätter jemand sehen zu lassen! — Sie gehören uns!“
 „Um. Wenn ich verspreche —“
 „Künstlerversprechen! — Kommen wir!“
 „Aber meine Damen! Sie haben mir doch selbst bewiesen, daß Sie alle Künstlerinnen der Schwingung, des Rhythmus, der Schönheit sind.“
 „Das ist etwas anderes. Wir bilden einen geschlossenen Klub!“
 „So . . . nehmen Sie mich als Mitglied auf.“
 „Selbes Gelächter.“
 „Aber das geht doch nicht! Wir sind ein Damenklub.“
 „Nehmen Sie Ihre Satzungen.“
 „Anstian.“
 „Haben Sie denn keine Ehrenmitglied?“
 „Gewiß.“

„So machen Sie mich zu Ihrem Ehrenmitglied.“
 „Er sagte das mit so komisch-demütigem Ernst, daß sie wieder in schallende Heiterkeit ausbrachen.“
 „Elsa erwiderte: „Nur wer sich um unsren Klub hervorragend verdient gemacht hat, kann diese Würde genießen.“
 Da trat er auf Gisela zu, führte ihre Hand an die Lippen und bat: „Legen Sie doch ein gutes Wort bei der geistigen Athene für mich ein!“
 Gisela errödete tief und bläse hilflos auf Elsa, die sie endlich mit den Worten erlöste: „Also gut, unter Voraussetzung eines zukünftigen Vorstandesbeschlusses! Hier ist ihr Buch.“
 „Tausend Dank! Darf ich mich nun vorstellen? Dr. Fred Strauß, z. Bt. Altenkirch, Malerkolonie.“
 „O weh!“
 „Warum o weh?“
 „Die Kolonie wollten wir ja auf unserer Fahrt besuchen.“
 „Ausgezeichnet!“
 „Sie werden also wirklich schwärzen?“
 „Ehrenschade Ihres Ehrenmitgliedes!“
 „Wir glauben Ihnen! — Also auf Wiedersehen bis morgen!“
 „In die Boot!“ kommandierte Hilde Deutsch, die die Führung für die Rückfahrt hatte. Zwei Minuten später hörte er nur noch leise verhallende Auserschläge.
 „Gisela, blondes Wunder.“ flüsterte er wie im Traum, „ich werde dich wiedersuchen!“
 Dann aber mußte er losgehen. „Also Ehrenmitglied eines Klubs! — Jedenfalls die sympathischste Verweiblichungsart des Mannes!“
 Aus der letzten Folge der glänzenden angefalteten „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“.

Parteigenossen und Genossinnen!

Kommet alle zu unserer ersten

Jugend-Feier

Heute, Donnerstag, den 14. Oktober um 8 Uhr abends im großen Urania-Saal. (Regiebeitrag).

Volkswirtschaft.

Erklärung.

In dem Artikel in der Nr. 130 des „Sozialdemokrat“ vom 4. Juni 1925 unter dem Titel „Arbeiterfreundlichkeit der deutschen Agrarier“, erklären wir, daß wir uns nach durchgeführtem gerichtlichen Beweisverfahren überzeugen haben, daß weder der Internationale Allgemeine landwirtschaftliche Verband noch dessen Funktionäre, der Generalsekretär Josef Hois und der Sekretär Ferdinand Kadobornik, einen Einfluß darauf hatten, daß in der Zeit der Streiks in den Kalkbrennereien von Goldenfurt aus Spornhau in den Sendorfer Betrieben für die oben genannten Betriebe gearbeitet und in dem dort durchgeführten Streik Streikbrecherarbeit geleistet wurde. Insbesondere ist es nicht richtig, daß die Arbeiter in den Sendorfer Betrieben in jener Zeit im Internationalen Allgemeinen landwirtschaftlichen Verband organisiert waren, so daß dem genannten Verband und seinen Funktionären Streikbruch ohne Grund vorgeworfen wurde.

Prag, den 7. Oktober 1926.

Die Redaktion.

Ratifizierung internationaler Arbeitsübereinkommen.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes verständigt, daß innerhalb der letzten Tage eine Reihe neuer Ratifikationen von internationalen sozialpolitischen Übereinkommen vollzogen wurden. So hat Frankreich das Übereinkommen über den wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen Betrieben ratifiziert. Schweden ratifiziert das Übereinkommen betreffend Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter hinsichtlich der Arbeitsunfallversicherung. Die Niederlande ratifiziert das Übereinkommen über das Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund.

Dem Bericht für den im Oktober anberaumten Kongress des freien niederländischen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir folgende Einzelheiten über die Tätigkeit der holländischen Landeszentrale im Jahre 1924-1925:

Alles in allem waren die beiden Berichtsjahre eine Zeit erfreulicher Entwicklung. Die Mitgliederzahlen sind gestiegen, die finanziellen Mittel haben nicht unbedeutend zugenommen und die allgemeine industrielle Lage ist besser geworden. Die berufliche Stellung, in der sich der Gewerkschaftsbund noch zu Beginn des Jahres 1924 befand, ist aufgegeben worden, und die Exekutive konnte noch im gleichen Jahre drei angeschlossenen Organisationen die Weisung erteilen, alle auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiter hingelenkten Bestrebungen der Unternehmer ohne Kompromiß zu bekämpfen. Dieser Lösung vermochten fast alle Organisations-

nen Folge zu leisten, und zwar hauptsächlich auch auf Grund der trotz der Krisis ungeschwächten finanziellen Widerstandskraft. Könnte man das gleiche von den Organisationen der anderen Richtungen sagen, so wäre die Lage der ganzen Arbeiterklasse eine bessere.

Die Organisationen gaben für Streiks und Ausperrungen im Jahre 1924 fl. 1.250.000 aus, im Jahre 1925 fl. 900.000. Dazu kommen Streikunterstützungen aus der Widerstandsliste der Landeszentrale im Betrage von 270.000. Am 31. Dezember 1925 umfaßte diese Liste einen Betrag von 800.000 Gulden. Die angeschlossenen Organisationen zahlten an Beiträgen 4.420.000 im Jahre 1924 und 4.460.000 im Jahre 1925.

Die Mitgliederzahl der holländischen Landeszentrale stieg sich am 1. Januar 1924 auf 179.929, am 1. Januar 1926 auf 192.442. Was den Vergleich mit den Mitgliederzahlen der Gewerkschaftszentralen der anderen Richtungen betrifft, so verbessert sich die Lage des N. B. V. zusehends. Am 1. Januar 1926 war die Mitgliederzahl des N. B. V. mehr als halb so groß wie diejenige der Zentralen aller anderen Richtungen zusammengenommen. Die Organisation der Frauen läßt leider zu wünschen übrig, indem die Zentrale nur 11.000 weibliche Mitglieder umfaßt.

Am 1. Januar der Jahre 1924, 1925 und 1926 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 76.000, 108.000 und 82.000. Wenn es nicht möglich ist, mehr Auswanderungs- oder Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, so muß mit einem dauernden Bestand an Arbeitslosen gerechnet werden, besonders auch in Hinblick auf die Bevölkerungszunahme.

Was in den vergangenen Jahren eingebüßt wurde, wird nicht leicht wieder zutrückerobert werden können; denn die reaktionären Mitglieder erhalten in den Unternehmerorganisationen immer mehr die Oberhand und verdrängen die gemäßigteren Elemente. Dazu kommt die starke Konzentration unter den Arbeitgebern. Der Zentraler Industrieverband, der als die große Unternehmerzentrale angesprochen werden darf, zählt zur Zeit 417 Einzelmitglieder und 38 Verbände, d. h. insgesamt 1467 Unternehmer, die insgesamt 300.000 Arbeiter beschäftigen. Dagegen gibt es unter den Arbeitern nicht weniger als sieben Zentralen verschiedener Richtungen, die am 1. Januar 1925 377.000 Arbeiter umfaßten.

Bereinsnachrichten.



Naturistenverein „Die Naturisten“, Ortsgruppe Prag. Am Samstag, den 16. Festigung der Modernen Galerie im Baumgarten. Inkommentiert, spätestens halb 8 Uhr am Holleschauer Ausstellungspfad. Führung Genosse Dr. Klein. — Sonntag, den 17. Frau-Zajawojsky-Gale-Königsplatz. Abfahrt 7.30 Uhr, Wiltonsbahnhof. Gehzeit 8 Stunden. Fahrer Luds. Ermäßigte Fahrt; Legitimationen nicht vergessen.

Seuchen im alten Rom.

In der letzten in Hannover aufgetauchten Influenzaepidemie erkrankten den Römern unserer Zeit 60 ein schweres Fiebergeschick. Wie schrecklich aber in früheren Zeiten, als man noch nicht die Schutz- und Vorbeugungsmöglichkeiten unserer Zeit kannte, solche Pestepidemien unter der Bevölkerung gewüthet haben, zeigen uns verschiedene Berichte, die wir beibringen. So fanden sich bei der Pest in London, die vom Mai 1625 bis zum März 1629 wüthete, von einer Bevölkerung von 600.000 Römern im Laufe von 20 Wochen nicht weniger als 100.000, davon allein in der letzten Augustwoche 1625: 1163 Personen. Bei der Hamburger Cholera-Epidemie des Jahres 1892 wurden in der letzten Augustwoche 3312 Menschen von der Krankheit erfaßt; die Hälfte davon starb zum Tode.

Aber auch diese erdverderlichen Zahlen waren noch gering gegenüber dem Pestentod während einer Seuche im alten Rom. Im Jahre 167 v. Chr. war dort die Pest, die damals in der ganzen Welt grassierte, eingeschleppt worden, als das Herz des Pactus Berns nach Italien zurückkehrte. Durch den großen Tod der römischen Reiche wälzte sie sich und drang auch bis an den Rhein vor. Ganz Italien wurde damals erobert und manche Städte, Dörfer und Häuser waren nur noch leerer Wüsteneien. In Rom ließ keine Jahr der Tode auf viele Tausende und auch in die immer noch zu weichen geschwüpften oberen Stände rief die Seuche große Läden. Man war gezwungen, die Leichen haufenweise auf Kähnen aus der Stadt zu schaffen. Die Tode des weichen Volkes wurden auf Straßensteifen begraben. Der Arzt Galenus erzählt, daß die Krankheit ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, die vor Jahrhunderten in Griechenland grassiert hatte; der Körper bedeckte sich mit schwarzen Blasen; Husten stellte sich ein, befeuchtete die Kranken und der Atem war sehr überfüllt. Heute glaubt

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag

Programm

für die am Donnerstag, den 11. Oktober 1926 stattfindende

Jugend-Feier.

1. Scherzgesang, Bruder zur Sonne, zur Freiheit.
 2. Musik, Harmoniumvorspiel.
 3. Ansprache, (Gen. Josef Polbauer).
 4. Rezitationen:
 - a) Einmal, o Licht, v. R. Bartel
 - b) Jugend, v. S. Zemaner, Teplitz
 5. Jugendspiel „Der Aufbruch“ Soule
 6. Musik.
 7. Hans Sachs: „Räuberbräutigam“
 8. Scherzgesang: Wenn wir schreiten
- Sokal: Urania. (Großer Saal)
Anfang 8 Uhr. Eintritt: Regiebeitrag.
Korrekturen vorbehalten.

Kunst und Wissen.

Leopold Gabel gestorben. Wie wir spät abends erfahren, ist der jugendliche Gesangsleiter des Neuen deutschen Theaters, der seit einigen Tagen mit einer Gehirnhautentzündung im Sanatorium „Sanops“ lag, dieser Krankheit zum Trotz abends erlegen.

Uccini's japanische Oper „Madame Butterfly“ hat kaum jemals bei uns eine so tiefe Wirkung auf die Zuhörer ausgeübt wie bei der letzten Aufführung im Neuen deutschen Theater am Dienstag, Teils Kawa, eine japanische Sängerin, die gegenwärtig auf einer großen Tournee durch Europa begriffen ist, sang die Butterflies, so daß man also eine wirklich originale Butterflies zu sehen bekam. Aber das eigentliche Moment ihres Gespiels trat ganz in den Hintergrund gegenüber der im höchsten Maße offenbaren künstlerischen Art. Teils Kawa ist nämlich vor allem eine ganz außerordentliche Schauspielkünstlerin, die das Geschehen der Szene zum untergeordneten Erlebnis zu gestalten weiß. Der Gesang ist ihr nur wirksames Mittel zum Zweck, trotzdem die Sängerin Teils Kawa über eine ebenso gut gepflegte wie schöne und namentlich in der Höhe glanzvolle Stimme verfügt. Wie die Künstlerin im registrierten und selbst gebundenen Gesang Intentionen der Freude oder des Schmerzes als Lachen oder Schluchzen einfließt, ist von einzigartiger Wirkung. Ungewöhnliche Lebendigkeit im original-japanischen Sinne und eine ebenso entzückende wie im Tragischen ruhende Rindlichkeit, die sogar im Musikalischen-Gesunglichen zum Ausdruck kommt, sind die Hauptmerkmale ihrer Darstellung der Butterflies: ein Kind, das im Schmerz der Enttäuschung zu dramatischer Größe emporkommt. Man ahnt das tragische Geschick dieser kleinen Frau unmittelbar, wenn sie im zweiten Akte mit starrer Augen- und schmerzlos der Frage des amerikanischen Konsuls gegenübertritt, was sie tun würde, wenn ihr Gatte Pinkerton nicht mehr den Weg zu ihr zurückfinden würde. Der weltliche Dolmetsch aber führt Teils Kawa im letzten Akte nicht wie es sonst üblich ist hinter einer spanischen Wand, sondern mit abgewandtem Körper auf offener Szene. Wie sie dann, tödlich verwundet, zu ihrem Rinde tritt, immer wieder zusammenbricht, sich immer wieder aufrafft, um schließlich knapp neben dem spielenden Rinde zu sterben, das spielt Teils Kawa mit unübertrefflicher dramatischer Ausdruckskraft und erschütternder Realität. Die ganz außergewöhnliche Kunst der berühmten Japanerin fand den enthusiastischen Beifall des gut besuchten Hauses.

Beethovens Quartette: Sevel-Quartett. — Quartett, III. Abend am Freitag, 15. v. M. Programm: Quartette D-Dur, Op. 18, Nr. 3; F-Moll, Op. 95; G-Dur, Op. 156; G-Moll, Op. 18, Nr. 4.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Ehrenabend Hermine Weidelsky, neuinszeniert: „Die fremde Frau“. — Freitag, 7 Uhr: „Carmen“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Madame Butterfly“. — Sonntag, 2 1/2 Uhr, Kulturverbandvorsitz: „Sonja“; 7 Uhr: „Faganini“. — Montag, 7 1/2 Uhr: „14 Tage Arrest“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag „Meine erste Frau“. — Freitag, Kulturverband-Vorstellung „Revierhüter“. — Samstag, Gajspiel Leopold Kramers „Die neuen Herren“. — Sonntag, 3 Uhr „Theodore u. Cie“; 7 1/2 Uhr „Kopf oder Schwanz“. — Montag, Bankrott-Vorstellung „Kameaden“.

Der Film.

Wagte schon der Erde ist der Titel eines neuen Paramount-Films, den der Regisseur Muzs Bell über S. Z. Barnum dreht. In diesem Bezug werden alle Erinnerungen an diesen großen Handwerker gesammelt und alle Tolleiten abgedruckt, in denen er einst „gewirkt“ hat.

United Artists begannen jetzt in Amerika mit dem Bau ihrer zwanzig eigenen Theater. Das erste, mit 5000 Sitzen, soll in Philadelphia errichtet werden.

Bela Negri wird die Darsteller übernehmen von der Verfilmung von Hall Coines Roman „Die Frau von Knodolze“, welche Konrad Lee unter dem Titel „Stachelstachel“ dreht.

Der weiße Sklave dreht sich der neue Griffith-Film. Es handelt sich um eine Geschichte aus den Südstaaten vor der Zeit des Sezessionskrieges. In den Hauptrollen Richard Dix und Corol Tempster.

Ein neuer Amerika-Film. Die Reihe der von der Hamburg-Amerika-Linie hergestellten Kultur- und Reisefilme wird in Kürze durch einen neuen bereichert werden. Das Stück wird „Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ heißen und in lebendiger Darstellung eine Reise durch die Vereinigten Staaten zeigen, die sich über 15.000 Kilometer erstreckt, und hauptsächlich vor allem, dem Besucher den Kontrast zwischen europäischer und amerikanischer Lebens- und Gesellschaft vor Augen zu führen.

Koschins amerikanischer Name. Jwan Koschins, der sich für fünf Jahre der Universal befristet hat, wird sich in Amerika Jwan Koschins nennen. Nun, gerade bei diesem Künstler besagt ein Name sehr wenig und ist wirklich nur leeres Schall.

Wilma Bonst, die begabte Ungarin, die sich als Partnerin Harold Colmans im „Schwarzen Engel“ und als Partnerin Rudolf Salentinos im „Schwarzen Adler“ bekannt gemacht hat, wird nun in einer Doppelrolle zu sehen sein. Stern Ring dreht mit ihr für die Metro den Film „Das Gelingen der Barbara Worth“, in dem sie zwei Rollen innehat.

Soch klingt das Lied vom braven Mann dreht sich ein Film, der unter Mitwirkung der gesamten New Yorker Feuerwehr hergestellt worden ist. Der Film zeigt das Lebensschicksal eines Feuerwehrmannes, dessen Ehegattin 1908 verstorben ist. Er hat um das Wohl seiner Mitmenschen gekämpft, ist durch einen Unfall tödlich verletzt worden, doch durch diese heroische Tat die Zustimmung des geliebten Weibes wieder.

Filmkapitalismus. In dem am 8. Mai 1926 endenden Geschäftsjahre hatte die Universal einen Nettogewinn von 755.843 Dollar zu verzeichnen. Die Bruttoeinnahmen betragen 11.723.555 Dollar.

Wieder ein Operetten-Film. Die bekannte Operette „Kaiserbinder“ von Viktor Léon und Franz Lehár soll nun verfilmt werden. In den Hauptrollen Edgar Wallace, Louis Feuillade, Hansa und Robert Walberg, Nele Maurer, Rondelet. Der Film ist der Wiener Filmgesellschaft der im Filmstudium vereinigten künstlerischen und technischen Mitarbeiter am Film.

Richard Strauß — Kinoskopelmeister? Der größte lebende deutsche Komponist Richard Strauß wurde als Viertespielerdingens nach New York verpflichtet. Er wird für eine Gage von 25.000 Dollar dreimal täglich während des Monats November am Broadway-Kinostadium dirigieren.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Herabgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehn. Für den Druck verantwortlich: D. Holl. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft

„spricht sich den v. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Verstellung von Druckarbeiten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.“

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.